

Stadtparlament

Wortprotokoll

16. Sitzung der Legislatur 2023 - 2027

Dienstag, 25. Februar 2025, 19:00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz: Esther Straub, Die Mitte/EVP

Entschuldigt: Teoman Kengir, SP/Grüne
Christine Schuhwerk, FDP/XMV
Fabio Telatin, SP/Grüne
Reto Neuber, Stadtrat, Die Mitte

Anwesend Stadtparlament: 27

Anwesend Stadtrat: René Walther, FDP
Daniel Bachofen, SP
Dieter Feuerle, Grüne
Luzi Schmid, Die Mitte

Protokoll: Flavio Schambron, Parlamentssekretär

Traktanden

- 16/1. Mitteilungen
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
Mitteilungen der Einbürgerungskommission (EBK)
- 16/2. Totalrevision Hafenreglement Stadt Arbon
Eintreten, 1. Lesung
- 16/3. Stadtentwicklungsplan 2024 Stadt Arbon
Information und Diskussion
- 16/4. Fragerunde
- 16/5. Informationen aus dem Stadtrat
- 16/6. Verabschiedung - Stadtparlament
Rücktritt Lukas Auer, SP/Grüne
Rücktritt Isabelle Fuchs, FDP/XMV

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, geschätzte Medienschaffende, liebe Besucherinnen und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren, die aufregende und farbenfrohe Faschnachtszeit erreicht ihren Höhepunkt. Der ersehnte meteorologische Frühling steht unmittelbar bevor. Wir haben allen Grund, nach vorne zu

schauen. Der schmutzige Donnerstag, auch bekannt als Weiberfastnacht, findet dieses Jahr am kommenden Donnerstag statt. Es ist der Auftakt der närrischen Jahreszeit und es weht jetzt schon ein Hauch von Fasnacht in der Luft. Es ist eine Zeit des Aufbruchs, der Freude und des Neubeginns.

Kurz darauf, am 1. März, dem meteorologischen Frühlingsanfang, verabschiedet sich der Winter. Es ist schade, dass der Winter in Arbon bisher so mild und schneearm war. Gerade für Kinder und Jugendliche ist der Winter mit Schnee eine ganz besondere Zeit. Sie lieben es, draussen im Schnee zu spielen, Schneemänner zu bauen und Schneeballschlachten zu machen. Der Schnee verwandelt die Landschaft, vor allem das Ufer des Bodensees in eine Winterwunderwelt und bietet so viele Möglichkeiten für Spass und Abenteuer im Freien. Ich erinnere mich selbst gern an meine Kindheit zurück, als wir in Arbon im Schnee stundenlang spielen und auf den gefrorenen Weiher Schlittschuhlaufen konnten. Das war unvergesslich und wird immer in meinen Erinnerungen bleiben.

Ich hoffe, dass der Frühling nicht nur die Natur, sondern auch unsere politische Arbeit beflügeln wird. Denn nach der besinnlichen Zeit des Winters starten wir nun mit frischer Energie in die Frühlingszeit. Und wer weiss, vielleicht inspiriert uns ja der eine oder andere Fasnachtsgedanke zu neuen, kreativen politischen Ideen. Hauptsache, wir behalten den Überblick und verwechseln am Ende nicht Konfetti mit konstruktiver Politik.

Nachdem wir in der letzten Sitzung erfolgreich die Totalrevision der Gemeindeordnung verabschiedet haben, setzen wir uns heute eine andere wichtige Arbeit vor und nehmen an unserem zentralen Thema, dem Hafenreglement teil. Die heutige Sitzung ist ein weiterer Schritt in der Gestaltung unserer Stadt und der Sicherstellung, dass sie auch in Zukunft eine lebendige und attraktive Stadt bleibt. Das Hafenreglement spielt dabei eine entscheidende Rolle, da es die Nutzung und Ordnung unseres Hafens regelt – eines Orts, der für viele Arbonerinnen und Arboner von Bedeutung ist. Sei es als Erholungsgebiet, als wirtschaftlicher Faktor oder als Teil unserer Identität. Wir werden uns heute eingehend mit dem vorliegenden Entwurf des Hafenreglements befassen, die verschiedenen Aspekte diskutieren und gemeinsam eine Lösung erarbeiten, die den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht wird.

Ich freue mich auf eine konstruktive und ergebnisreiche Sitzung und bedanke mich im Voraus für euer Engagement und die Diskussionen. Ich bitte euch auch heute wieder, unnötige Wiederholungen zu vermeiden. Zudem bitte ich euch, die Redebeiträge möglichst kurz und prägnant zu halten, damit wir alle Punkte ausreichend diskutieren können. Die Sitzung ist somit eröffnet.

Da Christine Schuhwerk als Stimmzählerin amtiert, ist für die heutige Sitzung ein Ersatz zu wählen. Das Büro schlägt Ihnen im Namen der Fraktion FDP/XMV Peter Künzi vor. Gibt es andere Vorschläge? – Da dies nicht der Fall ist, gilt Peter Künzi stillschweigend als gewählt.

Da Fabio Telatin ebenfalls Stimmzähler ist, benötigen wir auch für ihn einen Ersatz. Das Büro schlägt Ihnen im Namen der Fraktion SP/Grüne Jonas Fischer vor. Gibt es weitere Vorschläge? – Da dies nicht der Fall ist, gilt Jonas Fischer stillschweigend als gewählt.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Sie haben für die heutige Sitzung sämtliche Unterlagen fristgerecht erhalten.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

Das Protokoll der 15. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist genehmigt und online einsehbar. An der heutigen Sitzung sind folgende parlamentarischen Vorstösse eingegangen:

- Einfache Anfrage «Aschenbecher an Sitzplätzen» von José Franco, Grüne
- Einfache Anfrage «Sauna im Schwimmbad» von José Franco, Grüne

- Einfache Anfrage «Kooperation Stadt mit Schulen bezüglich bevorstehenden Abstimmungen» von Markus Kühne, Die Mitte

Diese gehen an den Stadtrat zur Beantwortung.

Die Einfache Anfrage «Die ehemalige Saurer-Kantine wird zum Denkmal» von Aurelio Petti, Die Mitte und Konrad Brühwiler, SVP, wurde mit dem Versand zur heutigen Sitzung beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt. Die Einfache Anfrage gilt somit als erledigt.

Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission

Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Lukas Auer, SP/Grüne, Vizepräsident Einbürgerungskommission: Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen wurden an der EBK-Sitzung vom 23. Januar 2025:

- Acar Güler, 1990, Türkiye
- Acar Egemen, 2019, Türkiye
- Acar Erdem, 2024, Türkiye
- Kibreab Bereket, 1998, Eritrea
- Malikov Ilya, 1982, Deutschland

Im Moment liegen insgesamt 13 Gesuche von 26 Personen vor, die sich im Bewilligungsverfahren befinden, davon sind 0 Gesuche zurückgestellt.

2. Totalrevision Hafenreglement Stadt Arbon Eintreten, 1. Lesung

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Für die Vorbereitung dieses Geschäfts wurde eine vorberatende Kommission eingesetzt. Gemäss Art. 34 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Arboner Stadtparlaments bitte ich den Präsidenten der vorberatenden Kommission ans Rednerpult.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV, Präsident vorberatende Kommission: Wir haben das Reglement in der vorberatenden Kommission besprochen, in zwei Lesungen durchgearbeitet und danach einen Kommissionsbericht verfasst. Dieser liegt Ihnen schriftlich vor, und ich werde mich an die Vorgabe unserer Präsidentin halten und hier keine Doppelungen herunterlesen. Sie können alles, inklusive Danksagungen an alle involvierten Stellen im Bericht nachlesen. Erlauben Sie mir aber trotzdem, auf die drei Punkte einzugehen, die wir in der Kommission eingehend diskutiert haben.

a) Die befristeten Mietverträge für auswärtige Hafensplatzmieterinnen und -mieter
Es gab in der Vergangenheit grosse Diskussionen, Sie haben es zum Teil auch in den Medien lokal und national mitverfolgen können. Diese Regelung, wie wir sie im alten Hafensreglement aus 2017 gelebt und gepflegt haben, schien am Ende ihrer Lebenszeit angekommen zu sein. Das hat sowohl der Vorschlag des Stadtrats aufgenommen, und bei dieser grundsätzlichen Abkehr von befristeten Mietverträgen sind wir auch in der Kommission geblieben. Wir haben uns aber eingehend darüber unterhalten, welcher Anteil am Hafensplätzen einheimischen Mieterinnen und Mietern zur Verfügung stehen soll. Wir haben uns auf eine approximative Wertskala von 80 Prozent Einheimische und 20 Prozent Auswärtige geeinigt. Das hat zur Folge, dass die implizite Weitergabe an Kinder für auswärtige Liegeplatzmieterinnen und -mieter etwas eingeschränkt werden muss. Wir haben dies im Reglement so vorgesehen und an den entsprechenden Stellen die Korrekturen eingefügt. Es geht uns darum, dass wenn diese Regelung, wie sie vom Stadtrat vorgesehen gewesen wäre, übernommen würde, über die Zeit der Anteil an auswärtigen Liegeplatzmieterinnen und -mietern stetig wachsen würde. Sie sehen es in der Tabelle, die wir in der Kommission selbst erstellt und abgedruckt haben, dass wir über alle Kategorien hinweg heute bei

einem Anteil von einheimischen Mieterinnen und Mietern von 64 Prozent stehen. Wir wollten mit der Abänderung im Kommissionsvorschlag den Anteil von 80 Prozent erreichen. Wir sind überzeugt, dass wir das mit unserem Vorschlag erreichen können.

b) Der zweite Diskussionspunkt betrifft die Umfirmierung, damit es eben die Hafenvverwaltung ist und nicht mehr die Bauverwaltung, und ist eher ein technisches Gebilde.

Darauf möchte ich gar nicht weiter eingehen.

c) Sollte man die Hafendrechnung aus der Gemeindevrechnung in eine Spezialfinanzierung ausgliedern, damit die Abrechnung noch etwas transparenter wird?

Darüber haben wir uns eingehend unterhalten, und auch im Nachgang an die Kommissionsarbeit gab es in den Fraktionen noch diverse Diskussionen dazu. Wir haben deshalb Stadtpräsident René Walther gebeten, dies an alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier nochmals zu präsentieren, damit wir hier einen Überblick haben.

Schlüsselwert aus Sicht der vorberatenden Kommission ist die Abgabe an das Allgemeinwesen. In verschiedenen anderen Gemeinden hat man auf eine solche Abgabe an das Gemeinwesen verzichtet resp. eine Gewinnabschöpfung betrieben. Wenn man aber diese Abgabe an das Gemeinwesen upfront, also im Voraus macht und definiert, welcher Betrag das ist, kann man eine stabile Zuweisung an das Gemeinwesen erreichen. Man kann also sicherstellen, dass ein jährlicher Betrag in die Erfolgsrechnung der Stadt einfließt – das ist in Ordnung so. Gleichzeitig kann man an der Transparenz noch etwas verbessern. Natürlich kann man sich schon aus der heutigen Erfolgsrechnung der Gemeinde zusammenreimen, wie der Hafen rentiert oder wie er eben nicht rentiert, wenn man investieren muss oder gewisse Investitionen weggehen. Wir sind der Meinung, die vorgeschlagene Ausgliederung in eine solche Spezialfinanzierung dient der Transparenz. Klar, es ist wie immer mit solchen Kässeli und Kassen, man muss sie führen, was zusätzlichen Aufwand generiert. Aber wir sind in der vorberatenden Kommission zum Schluss gekommen, dass das der Transparenz hilfreich ist. Insbesondere auch dann, wenn in Zukunft mehr Mieterinnen und Mieter aus der Stadt Arbon Hafensplätze mieten. Diese bezahlen einen reduzierten Betrag. Der Mietvertrag des Bootshafens könnte sinken. Und es ist wichtig, dass das Gemeinwesen von diesen privilegierten Bootsplätzen auch etwas profitiert. Das möchten wir auch in Zukunft, wenn ein grösserer Anteil an Einheimischen solche Bootsplätze mieten, sicherstellen.

Ich werde in der Detailberatung keine grossen Anträge einbringen. Es sind Kleinigkeiten, die wir an gewissen Stellen in den Fraktionen noch hinzugefügt haben. Ich glaube, wir kommen so zügig durch die 1. Lesung und ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen allen.

Dieses Eintretensvotum von mir gilt auch gleich für die Fraktion FDP/XMV; dann haben wir schon wieder etwas Zeit gespart.

Rudolf Daepf, SVP: Zuerst möchte ich mich bei meinen Kommissionsmitgliedern der Kommission Totalrevision Hafendreglement für die gute Zusammenarbeit bedanken. Mein Dank gilt auch dem Vertreter des Stadtrats, Daniel Bachofen, Alexandra Wyprächtiger, Flavio Schambron und RA Jürg Vetterli.

Die Fraktion SVP hat sich mit der Arbeit der Kommission auseinandergesetzt und sich in die Materie vertieft. Für unsere Fraktion wichtig ist, dass zu einem guten Hafendreglement auch die marktgerechten Hafensplatzgebühren vom Stadtrat in Zusammenarbeit mit der Hafendkommission festgelegt werden. Grundsätzlich sind wir für Eintreten.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP dankt dem Stadtrat für die umfassende Botschaft sowie für die Überarbeitung des aktuellen Hafendreglements. Ebenso dankt unsere Fraktion der vorberatenden Kommission für die sorgfältige und gründliche Arbeit und für die Ergänzungen und die Anträge. Ganz speziell danken wir dem Kommissionspräsidenten Cyrill Stadler für den gut strukturierten und umfassenden Bericht. Wir kommen in der anschliessenden Detailberatung noch auf einige Punkte zu sprechen, die wir genauer erörtern werden und stellen noch einen wichtigen Antrag. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist einstimmig für Eintreten.

Jakob Auer, SP/Grüne: Die letzte Änderung des Hafendreglements liegt nun mittlerweile sechs Jahre zurück. Der Hafen und die Handhabung oder eben Nighthandhabung des Reglements ist in den letzten Jahren bei der Bevölkerung immer wieder ein Thema. Die Fraktion SP/Grüne hat

sich mit dem Reglement befasst. Lieber hätten wir mehr Schiffe mit Elektromotoren. Die grosse Diskussion drehte sich um den Vorschlag Arbon first. Zu diesem Thema wird es seitens der Fraktion ein zusätzliches Votum geben.

Positiv sieht die Fraktion den Start einer Spezialfinanzierung. Die Vorteile sind mehr Transparenz, eine verursachergerechte Finanzierung, die Umsetzung der Rechnungslegungsverordnung und viele weitere Punkte. Die Kommission vertrat bei der Beratung durchgehend die Meinung, dass diverse Punkte in der Hafenordnung geregelt werden müssen, jedoch einzelne direkt vom Stadtrat in der Hafenordnung separat geregelt werden.

Die Fraktion unterstützt auch alle Anträge der Kommission. Der Dank gilt allen Beteiligten und der Ausarbeitung dieses wertvollen Schriftstücks. Die Fraktion SP/Grüne ist für Eintreten.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP ist ebenfalls mit den meisten Anträgen des Stadtrats und der Kommission einig. Ich bin selber Mitglied der Kommission und unterstütze selbstverständlich alle Anträge der Kommission.

Jedoch haben wir in unserer Fraktion sehr intensiv die Spezialfinanzierung diskutiert. Die Mehrheit unserer Fraktion lehnt sie ab. Sie sieht keinen Mehrwert aufgrund der bisherigen guten Praxis, wo man die gesamten Erträge in die allgemeine Kasse fliessen liess. Das waren in den letzten vier Jahren doch immerhin durchschnittlich rund CHF 500'000. Mein Fraktionskollege Mischa Vonlanthen wird dazu anschliessend einen Antrag stellen und Ihnen die genauen Beweggründe erörtern. Im Weiteren sieht die Fraktion Die Mitte/EVP wie wir alle, dass unser Hafen ein absolutes touristisches Highlight ist und in den letzten Jahren alle Akteure und alle involvierten Mitarbeitenden bis hin zum Stadtrat ausgezeichnete Arbeit geleistet haben und unser Hafen bei den Gästen wieder ein gutes Image hat, sei es bei Tagesgästen oder Gästen, die in Arbon übernachten oder auch Mieterinnen und Mieter. Das ist wunderbar so, das soll so weitergehen. Wir sind auch der Meinung, dass die Mietpreise aufgrund der sehr langen Warteliste eigentlich erhöht werden können. Gemäss Aussage des zuständigen Abteilungsleiters gäbe es da eigentlich noch Luft nach oben. Wir hoffen, dass der Stadtrat diese Luft nutzt, um mehr Erträge für die Stadt zu generieren.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Zuerst herzlichen Dank an die Kommission für die gute und konstruktive Zusammenarbeit, speziell an den Kommissionspräsidenten, aber auch an die Verwaltung und schlussendlich auch an Rechtsanwalt Jürg Vetterli, der uns tatkräftig unterstützt hat.

Ich bin froh, dass die Kommission in den Hauptzügen den Linien des Vorschlags des Stadtrats folgt. Ich möchte kurz darauf eingehen, was für den Stadtrat bei dieser Revision die wichtigsten Punkte waren.

Der zentralste Punkt war sicher die Klärung der Situation der auf drei Jahre befristeten Mietverträge für Auswärtige. Die nun bestehende Lösung, dass keine Befristung mehr besteht, ist aus der Sicht der Stadt eine gute, praxistaugliche Lösung. Sie ist schlussendlich auch für auswärtige Böttler interessant, dass sie weiterhin auch bei Arboner Vereinen aktiv sein werden.

Was war sonst noch wichtig? Es war uns wichtig, das Reglement so anzupassen, dass dort, wo wir leichte Differenzen zur langjährigen Praxis gesehen haben, diese eben behoben sind und wir ein Reglement haben, das der Praxis entspricht. Wir haben die Begriffe vereinheitlicht, Cyrill hat es schon erwähnt.

Neu gibt es eine Handhabe bei Nichtgebrauch eines Boots, dass dieses eben entfernt werden kann. Gerade weil die Plätze so begehrt sind, ist das aus Sicht des Stadtrats wichtig.

Und wie schon gesagt die Einführung der Spezialfinanzierung. Stadtpräsident René Walther wird sicher noch aus finanzpolitischer Sicht darauf eingehen.

Der Stadtrat kann mit der vorliegenden Version sehr gut leben, auch wenn er im Detail gewisse Dinge anders geregelt hätte. Bei einzelnen Paragraphen werde ich kurze Anmerkungen machen, damit Sie die Sicht des Stadtrats vielleicht noch besser verstehen. Wir werden aber keine Gegenanträge stellen. Der Stadtrat ist selbstverständlich für Eintreten. Ich hoffe auf eine speditive und konstruktive Beratung.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Ich erlaube mir einige erläuternde Worte zum Thema Spezialfinanzierung. Ich erlaube mir das, weil ich mich mit diesem Thema nicht erst jetzt in Arbon, sondern bereits im Zusammenhang mit dem Hafenneubau in Münsterlingen auseinandergesetzt

habe. Damals war genau die Frage der Finanzierung das Zünglein an der Waage bei der Volksabstimmung. Gegner des Projekts wollten den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern aus Eigeninteresse damit Angst machen, dass der Hafen mit Steuergeldern finanziert werden müsste. Letzten Endes konnte man eben genau durch die Schaffung einer Spezialfinanzierung diese Bedenken ausräumen. Denn selbstverständlich muss der Betrieb eines Bootshafens grundsätzlich ausschliesslich von Bootsbesitzern berappt werden.

Was ist eine Spezialfinanzierung oder anders genannt ein Eigenwirtschaftsbetrieb? Es ist eine Aufgabe des Gemeinwesens, welches durch klar zugeordnete Einnahmen finanziert werden muss. Sprich: Es handelt sich um eine Aufgabe, bei der zwischen der Erfüllung der Aufgabe des Gemeinwesens und den Nutzniessern ein kausaler Zusammenhang besteht. Die Stadt stellt Wasserliegeplätze zur Verfügung, stellt öffentlichen Grund zur Verfügung, welcher ausschliesslich für den Bootsbetrieb dient. Dabei sind für uns eben Gebühren und Kausalaufgaben für die Nutzung des öffentlichen Grunds relevant. Darauf komme ich aber später nochmals zu sprechen.

Zu diesen Eigenwirtschaftsbetrieben zählen Ver- und Entsorgungswerke der Grundversorgung, genauso aber Werke, welche nicht im Grundauftrag der Gemeinde liegen wie Antennen, Grabanlagen usw. Diese sind ausschliesslich und vollständig langfristig durch Gebühren der Nutzniesser zu finanzieren. Steuern dürfen nicht in solche Aufgaben zweckgebunden werden. Dies sagen zusammengefasst die einschlägigen Regelungen der Rechnungslegung für Gemeinden – ganz nach dem Kostendeckungsprinzip.

Dieses Kostendeckungsprinzip entspricht den verfassungsmässigen Prinzipien, welches aber bezüglich sogenannter kausaler Abgaben in gewissem Mass abgeändert werden kann. Vergleiche mit Einrichtungen wie dem Schwimmbad sind meines Erachtens nicht zulässig. Das Schwimmbad dient einer breiten Schicht der Allgemeinheit und nicht einer spezifischen Benutzergruppe. Zudem nehme ich an, dass Ihnen bekannt ist, dass das Kostendeckungsprinzip bei Schwimmbädern, Eishallen und dergleichen nicht möglich ist, ausser man würde die Eintrittspreise um ein Zifaches erhöhen.

Eine Kausalabgabe kann als Vorzugslast von einem Werk wie oben beschrieben erhoben werden. Dabei handelt es sich um eine pauschale, aber festgelegte Abgabe des Werks ans Gemeinwesen, an den Steuerhaushalt für die Benutzung des öffentlichen Raums. D. h., selbstverständlich kann der Steuerhaushalt indirekt über eine solche Abgabe an den Erträgen des Hafenbetriebs partizipieren. Dabei handelt es sich aber aus meiner Sicht finanztechnisch nicht um Gewinne.

Nun kann man sich tatsächlich die Frage stellen, ob ein Hafen eine von mir beschriebene öffentliche Aufgabe ist. Zum einen muss man wissen, dass die Wasserfläche im Hochwasserprofil dem Staat Thurgau gehört, also der Allgemeinheit. Die wirtschaftliche Verwertung bzw. die Nutzung erfolgt über eine Konzession des Staats Thurgau an die Gemeinden oder in Ausnahmefällen an Private, was hier aber nicht relevant ist. Die Gemeinde erhält also die Erlaubnis, allgemeines Gut einer spezifischen Benutzergruppe für ein spezifisches Aufgabengebiet zugänglich zu machen. Übrigens erhebt der Kanton daher seit etwa vier Jahren bei den Gemeinden eine Wassernutzungsgebühr.

Warum zeige ich Ihnen diesen Zeitungsartikel? Bei allen Staatsaufgaben, bei denen eben dieses Prinzip vermutet wird, schaut auch der Preisüberwacher genauer hin. So hat er beispielsweise auch schon bei Tarifierhöhungen bei der Wasserversorgung nahe der deutschen Grenze eingegriffen oder eben zum Beispiel beim Hafenprojekt in Rapperswil. Zwei klare Hinweise, die darauf hindeuten, dass die Voraussetzungen für einen Eigenwirtschaftsbetrieb im Sinne der Rechnungslegungsverordnung gegeben sind.

Nun, wie funktioniert die Spezialfinanzierung grundsätzlich? Das entsprechende Werk hat sowohl in der Bilanz als auch in der Erfolgsrechnung eine eigene Kontenstruktur. Diese Kontenstruktur ist zwar im Kontenplan des Steuerhaushalts eingebettet, muss aber beim Jahresabschluss auf null ausgeglichen werden = Kostendeckungsprinzip. Da wird das Ergebnis des Steuerhaushalts oder das Werk nicht direkt beeinflusst. Wenn ein Werk wie hier dargestellt mehr Aufwand hat als Ertrag, dann wird ein Gewinn oder Verlust, Überschuss oder Minderwert diesem zweckgebundenen Eigenkapital zugeschrieben. D. h., wir haben quasi ein geschlossenes System. In guten Zeiten kann dieses zweckgebundene Eigenkapital geäufnet, in schlechten Zeiten reduziert werden. Es ist also quasi wie ein Expansionsgefäss, welches Schwankungen mittel- und langfristig ausgleichen kann und ausgleichen soll. Somit müssen Gebühren nicht vollständig angepasst werden, und ein Werk kann langfristig mit einem Finanzplan gelenkt werden. Aber es ist richtig, es handelt

sich dabei nicht um einen Geldtopf oder ein Bankkonto, es ist ein Buchwert. Gesteuert wird dieses Gefäss, diese Balance über die Kosten einerseits und die Gebühren andererseits. Es ist wie gesagt also ein geschlossenes System. Und noch kurz zu Cyrill Stadler: Wenn die Sache einmal umgestellt ist, finden aus meiner Sicht keine zusätzlichen Buchungen statt. Es sind einfach andere Konten, die man bucht, aber Mehraufwand gibt es aus meiner Sicht nicht.

Es ist aber opportun, wie hier dargestellt und vorhin beschrieben, dass das Werk der Nutzniesser dem Gemeinwesen eine pauschale kausale Abgabe entrichtet für die Nutzung des Gemeinguts. Das ist ein sogenannter gesteigerter Gemeingebrauch. Diese Abgabe kommt dem Steuerhaushalt zugute und ist somit nicht mehr zweckgebunden. Dabei von Gewinn oder Gewinnabschöpfung zu sprechen, ist finanztechnisch aus meiner Sicht nicht korrekt.

Ich kann noch erklären, wie das heute funktioniert. Heute haben wir nicht separate Töpfe, wir haben ein zweckgebundenes Eigenkapital. Und wenn der Ertrag höher ist als der Aufwand, dann fliesst bei unserem heutigen System dieser Überschuss direkt in den Steuerhaushalt und kann somit den Steuerhaushalt entlasten und unter Umständen in der finanzpolitischen Diskussion irreführend sein.

Ergänzend muss man wissen, dass durch verschiedene Faktoren die Abschreibungen, die Innenfinanzierung, wie ein Werk finanziert wird, tendenziell zu gering in den Büchern steht. Das ist aber nicht nur hier der Fall, das ist generell in öffentlichen Verwaltungen die Tendenz. Dies, weil in den vergangenen Dekaden Verwaltungsvermögen degressiv abgeschrieben worden sind und zudem zum Einkauf der Plätze beim Neubau die Investitionen sofort abgeschrieben worden sind. D. h., es wurden stille Reserven gebildet, welche aber nirgends sichtbar sind. Das verleitet zur zu tiefen Ansetzung von Gebühren und Mieten. In Bezug auf langfristige Werterhaltung und Finanzierung des Hafens kann dies irreführend sein. Das hat in den letzten Jahren die Hafenrechnung entlastet und dadurch höhere Überschüsse in den Steuerhaushalt gespült. Und ja, das Problem kann sich ändern, wenn sich das Rad dreht. Wird nun investiert, erhöht sich mittelfristig der Aufwand, und somit kann unter Umständen eben nicht mehr ein Überschuss erzielt werden, und auch das müsste dann diesem freien Eigenkapital des Steuerhaushalts zugewiesen werden.

Zusammenfassend ist der grosse Nutzen einer Spezialfinanzierung eine höhere Transparenz in der Rechnungsführung, man erhält finanzstrategisch Führungs- und Kommunikationsinstrumente, es sichert eine verursachergerechte Finanzierung, es ist die Umsetzung der gängigen Rechnungslegungsverordnung, gewährleistet die Einhaltung der Prinzipien der öffentlichen Verwaltung, und es gibt bei politischen Diskussionen Klarheit, wenn es dann mal um Investitionen geht.

Was passiert, wenn man es wie bis anhin belässt? Das ist eigentlich die Umkehrung von dem, was ich schon gesagt habe. Aber wichtig ist aus meiner Sicht, der Steuerhaushalt kann durch diese Abgabe ans Gemeinwesen weiterhin, aber eben künftig transparent und planbar vom Werk und vom Hafen profitieren.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen. Wir kommen zur materiellen Beratung. Redaktionelle Änderungen sollen der Redaktionskommission für die Redaktionslesung vorbehalten bleiben.

Da es sich um eine Totalrevision handelt, gilt der Vorschlag des Stadtrats als zu besprechende Grundlage. Ich werde alle Artikel des neuen Hafenreglements der Reihe nach aufrufen. Bitte nehmen Sie zur Beratung die dreispaltige Synopse der parlamentarischen Kommission zur Hand. Die Änderungsanträge aus der vorberatenden Kommission sind in grüner Schrift verfasst. Das Geschäft Totalrevision Hafenreglement Stadt Arbon ist sehr umfangreich. Um die 1. Lesung überschaubar und schlank halten zu können, wird der Kommissionspräsident nicht zu allen Artikeln und Änderungsanträgen der vorberatenden Kommission Stellung beziehen, sondern nur wenn er Ergänzungen zum Kommissionsbericht anbringen möchte oder es die Diskussion im Stadtparlament erfordert. Erläuterungen zu Änderungsanträgen der vorberatenden Kommission, welche im Kommissionsbericht eingehend beschrieben sind, werden nicht wiederholt. Ebenso wird auch darauf verzichtet, Änderungsanträge zu Formulierungen und weiteren kleinen Korrekturen zu erläutern.

Hat jemand aus dem Parlament Fragen oder möchte einen Antrag stellen, bitte ich euch, sich beim entsprechenden Artikel rechtzeitig zu melden. Die Anträge sind schriftlich abzugeben.

Werden zu den Hauptanträgen des Stadtrats bzw. der Kommission keine anderslautenden Abänderungsanträge gestellt, gelten die Hauptanträge als stillschweigend genehmigt. Liegt zum Hauptantrag des Stadtrats ein Abänderungsantrag der vorberatenden Kommission vor, gilt der Antrag der Kommission als stillschweigend genehmigt, sofern in der materiellen Beratung kein anderslautender Abänderungsantrag gestellt wird.

Bei mehreren gleichrangigen Abänderungsanträgen aus dem Parlament werden diese in der Reihenfolge ihres Eingangs einander gegenübergestellt. Ein Mitglied kann nur für einen Antrag stimmen. Liegen mehrere gleichrangige Anträge vor, fällt derjenige weg, der am wenigsten Stimmen erhalten hat.

Art. 1 Grundsatz

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Abänderungsantrag zu Abs. 2 vor. Sind Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gilt der Antrag der vorberatenden Kommission als stillschweigend genehmigt.

Art. 4 Stadtrat

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Abänderungsantrag zu Abs. 5 vor. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gilt dieser Antrag stillschweigend als genehmigt.

Art. 5 Hafenkommision

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Abänderungsantrag vor. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gilt dieser Antrag stillschweigend als genehmigt.

Art. 6 Hafenverwaltung

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Abänderungsantrag zu Abs. 1 lit. h vor. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gilt dieser Antrag stillschweigend als genehmigt.

Art. 7 Hafenmeisterei

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Abänderungsantrag zu Abs. 1 vor. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gilt dieser Antrag stillschweigend als genehmigt.

Art. 8 Grundsatz

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Abänderungsantrag zu den Abs. 5, 6 und 7 vor.

Cyryll Stadler, FDP/XMV: Ich stelle diesen Antrag im Namen der Fraktion FDP/XMV, das Wort «Eigner» sei hier durch «Halter» zu ersetzen, wie es im Schiffsausweis steht. Das lässt sich für die Verwaltung kontrollieren. Der Eigner lässt sich nicht zwingend eruieren. Das ist eine Ergänzung zur vorberatenden Kommission und macht in unseren Augen einfach Sinn.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion FDP/XMV wird einstimmig angenommen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Gibt es zu Art. 8 weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, gilt der Antrag der vorberatenden Kommission als stillschweigend genehmigt.

Art. 9 Übertragung und Untermiete

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Abänderungsantrag vor.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich mache eine Bemerkung zu Art. 9. Das System ist folgendes: Einmal abgeschlossene Mietverhältnisse können von der Stadt im Regelfall inskünftig nicht mehr gekündigt werden. Im Regelfall kann nur noch der Mieter kündigen. Dies, wenn er, seine Kinder, seine Ehepartnerin – das Konkubinat ist hier ja gleichgestellt – am Hafentplatz desinteressiert sind und deshalb nicht Nachmieter werden wollen. Auswärtige Kinder haben dieses Recht auf Nachmiete nicht. Folge wird sein, dass sich eine Erbpacht von Einheimischen ausbilden wird, indem ein Hafentplatz von Generation zu Generation von Arbonern weitergegeben wird. Nehmen wir das einmal hin, dass das so ist. Bei Auswärtigen ist diese Erbpacht voraussichtlich spätestens mit dem Ableben des Ehepartners oder des Konkubinatspartners beendet. Im Übrigen werden wir weiterhin Hafentplatzmieter haben, die weit weg von Arbon wohnen. Denn ein Umzug eines Arboners oder eines auswärtigen Mieters gibt der Stadt ebenfalls kein Recht auf Kündigung des Mietverhältnisses mehr. Ein Beispiel dafür: Ein junger Arboner mietet einen Hafentplatz und zieht dann weg nach Zürich, allenfalls sogar nach Konstanz. Folge für das Mietverhältnis: keine ausser Auswärtigentaxen. Wir werden diesen Arboner in Arbon nie mehr sehen, ausser wenn er das Boot benützt. Ein weiteres Beispiel: Eine Anwältin in St. Gallen bekommt als Auswärtige endlich einen Hafentplatz. Ein, zwei Jahre später zieht sie zu ihrem Freund nach Chur. Der Freund ist allenfalls wesentlich jünger. Die benützen weiterhin den Hafentplatz in Arbon von Chur aus, bis auch der jüngere Mann in Chur sagt, ich bin desinteressiert am Hafentplatz. Es besteht kein Kündigungsrecht.

Und dann noch eine Lücke im umgekehrten Sinn: Ein Auswärtiger, der beispielsweise in Roggwil wohnt, hat seine Kinder in Arbon. Diese möchten gern seine Yacht übernehmen. "Investitionsschutz" haben wir ja in den Unterlagen gelesen. Es ist tatsächlich so, ein solches Boot ist teuer und man möchte es natürlich in der Familie weitergeben. Kann der Mann in Roggwil sein Boot dem Kind in Arbon übergeben – mit Mietplatz, denn das ist ja der Mangel, man hat nicht genügend Hafentplätze? Nein, kann er nicht. Das ist unmöglich. Auswärtige können ihren Kindern, selbst wenn sie in Arbon wohnen, den Hafentplatz nicht weitergeben.

Ich habe für diese Probleme, die ich hier geschildert habe, keine Lösung. Ich bitte Sie, dies einfach zur Kenntnis zu nehmen und allenfalls zu ratweisen, was da zu machen wäre. Ich als Einzelperson mache Ihnen diesbezüglich keine Vorschläge.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV, Präsident vorberatende Kommission: Da muss ich als Kommissionspräsident kurz intervenieren. Ja, hundertprozentig alle glücklich machen wird man mit so einem Reglement vermutlich nie. Wir haben uns in der Kommission aber einiges überlegt, wie man die gängigsten Fälle handhaben könnte. Unser Ziel war eindeutig, dass es in Zukunft gegen 80 Prozent einheimische Nutzerinnen und Nutzer des Bootshafens gibt. Und mit diesen drei relativ einfachen Regeln haben wir das Gefühl oder den Eindruck, dass man das weitgehend unter Dach und Fach bringt. Klar, es gibt unglückliche Fälle wie Riquet Hellers Beispiel von Roggwil und den Kindern, die in Arbon wohnen. Wir haben aber auf der anderen Seite auch gute Einwirkungsmöglichkeiten gefunden. Das Übertragen eines Arboners, der seinen Hafentplatz an seine Kinder überträgt, ist nämlich auch eingeschränkt, dass diese Kinder eben auch wieder in Arbon wohnhaft sein müssen. Ich glaube, wir haben die 80/20-Regel, was man in einem Reglement unterbringen kann. Ich glaube, es ist eine gut austarierte, für ein Reglement gerecht formulierte Lösung. Und ich bitte Sie, dieser zuzustimmen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Artikel? – Wenn nicht, gilt der Antrag der vorberatenden Kommission stillschweigend als genehmigt.

Art. 10 Passagierschiffsverkehr

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Abänderungsantrag vor. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gilt dieser Antrag stillschweigend als genehmigt.

Art. 11 Grundsatz

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Abänderungsantrag zu Abs. 1 vor. Gibt es Wortmeldungen dazu?

Silke Sutter Heer, FDP/XMV: Es geht hier in eine ähnliche Richtung, hier aber mit einem Antrag, was vorhin schon diskutiert worden ist. Und zwar beantrage ich, dass in Abs. 1 «unvererblich und» gestrichen wird. Der Artikel würde dann neu wie folgt lauten: «Liegeplätze können nur an natürliche Personen zu privaten Zwecken vermietet werden. Das Mietverhältnis ist unter Vorbehalt von Art. 9 nicht übertragbar.»

Hier zeigt sich etwas, wohin die Diskussion der Kommission offensichtlich gegangen ist. Man hat nämlich ursprünglich über ein Erbrecht diskutiert. Dann ist man auf die Idee gekommen, man könnte ja hineinschreiben, sie sind nicht vererblich, also unvererblich.

Nun muss ich Ihnen aber sagen, ich glaube, kein Jurist würde auch nur im Traum auf die Idee kommen, dass ein Hafensplatz vererblich ist. Also müssen wir beim besten Willen auch nicht regeln, dass er unvererblich ist. Aber man sieht, wozu das geführt hat. Man hat um eine Lösung gerungen. Man schrammt meines Erachtens inhaltlich ganz klar an einem Erbrecht vorbei. Das ist eine Kaskadenfolge. Es ist aber kein Erbrecht, davon sind wir doch noch einiges entfernt. Aber ganz ursprünglich war das ganz offensichtlich die Diskussion und hat dann zu diesem unseligen Begriff «unvererblich» geführt, was meines Erachtens an dieser Stelle einfach überhaupt nichts zu suchen hat. Ich bitte Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen.

Riquet Heller, FDP/XMV: Als Liberaler bitte ich Sie lebhaft, meine Vorrednerin zu unterstützen. Sie sind drauf und dran, die Hafensplätze im Erbrecht zu verankern, nämlich dass gegen eine Gebühr auf Lebzeiten und auf Nimmerwiedersehen Hafensplätze weggegeben werden.

Abstimmung

Der Antrag von Silke Sutter Heer wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Gibt es weitere Wortmeldungen zu Art. 11? – Wenn nicht, gilt der Antrag der vorberatenden Kommission stillschweigend als genehmigt.

Art. 12 Liegeplatzvergabe

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Abänderungsantrag vor. Gibt es Wortmeldungen dazu?

Michael Zwahlen, SP/Grüne: Erlauben Sie mir lediglich eine inhaltliche Anmerkung. Es entspricht der grundsätzlichen Haltung der Fraktion SP/Grüne – und ich glaube, wir teilen diese grossmehrheitlich –, dass die Nutzniesserinnen und Nutzniesser des Hafens für die laufenden Betriebs- und Unterhaltskosten sowie für Verwaltung und Zinsen grundsätzlich eigenständig aufkommen sollen. Steuerzahlende, die kein eigenes Boot besitzen, sollen durch den Betrieb des Hafens nicht zusätzlich belastet werden. Würde diese 80/20-Regel nach dem Motto Arbon first heute eingeführt und morgen umgesetzt, dann würde dies gemäss meinen recht ausführlichen Berechnungen zu jährlichen Mindereinnahmen in der Höhe von etwas mehr als CHF 100'000 führen, dies ohne Trockenplätze. Wie aber sollen diese finanziellen Einbussen kompensiert werden? Auch da haben wir vermutlich Konsens. Wenn wir uns für die 80/20-Regel entscheiden, muss dies bei einer gesamten Mietfläche von 20'000 m² eine moderate Erhöhung der Tarife um CHF 5 pro Quadratmeter zur Folge haben. Für alle Nutzniesserinnen und Nutzniesser ein vertretbarer und gut begründbarer Betrag. Eine Verschlechterung der Grundfinanzierung des Hafens durch Mindereinnahmen dieser Art ist für die Fraktion SP/Grüne nicht akzeptabel. Wir müssen sicherstellen, dass die Deckung aller anfallenden Kosten auch in Zukunft nachhaltig gesichert

wird – durch die Bööterinnen und Bööter selbst. Vor diesem Hintergrund bedeutet ein Ja zur 80/20-Regel auch ein Ja zur Erhöhung der Miettarife. Ob es dann aus wirtschaftlicher Sicht noch weitere Erhöhungen braucht, sei dahingestellt.

Silke Sutter Heer, FDP/XMV: Ich komme noch einmal mit einem Streichungsantrag, und zwar zu Art. 12 Abs. 2. Dieser Absatz ist ja auch unendlich lang, und ich würde folgenden Satz streichen: «Dabei kann Personen mit einem Hauptwohnsitz im Umkreis von 45 km Luftlinie um Arbon oder einem Wohnsitz im Kanton Thurgau der Vorrang eingeräumt werden.»

Ich bin mir sicher, Sie wissen alle, wo diese 45 km anfangen. Wo sie aufhören, ist dann einfacher, aber selbstverständlich ist das ein völlig willkürlich gewählter Radius. Kein Mensch weiss, wo der startet. Wahrscheinlich am Hafen unten, vielleicht auch nicht. Das wäre das Ende von Arbon von der anderen Seite gesehen. Auf dieser Seite wäre das Ausland, und von dort darf sowieso niemand bei uns einen Hafenplatz haben. Das kann es nicht sein. Dann kommt das Argument, das sei aus Umweltschutzgründen. Dabei wird nach meiner Ansicht verkannt, dass wer aus 100 km mit dem Zug anreist, wahrscheinlich ökologischer fährt und reist als der, der 45 km mit dem Auto zum Hafen in Arbon fährt. Also auch das ist ein klassischer Denkfehler, der meines Erachtens zu einem einseitigen Rückschluss geführt hat, der hier wenig Sinn macht. Ich würde das herausnehmen und dann allenfalls in der Verordnung, die der Stadtrat macht, etwas festlegen, was für Kriterien das sein sollen, was man da wirklich daran anbinden will, würde mich hier aber nicht so einschränken.

Ich habe es bereits erwähnt, dieser Artikel ist furchtbar lang und hat furchtbar viele Gedanken drin. Es ist ein gesetzgeberischer Grundsatz, ein Artikel oder ein Absatz gleich ein Gedanke. Da werden Sie sehen, dass das hier wohl nicht ganz eingehalten worden ist. Lassen Sie uns aus dem nächsten Satz doch bitte einen Abs. 3 machen und dann die übrigen Absätze entsprechend nachnummerieren. Das sind jetzt drei Anträge aufs Mal, aber ich habe sie der Präsidentin abgegeben und bin sicher, dass sie uns durch diese wie durch stürmisches Gewässer führen kann.

Riquet Heller, FDP/XMV: Es herrscht auffallende Übereinstimmung mit meiner Kollegin Silke Sutter Heer. Ich stosse ins selbe Horn. Ich möchte, dass Sie keine Luftlinie bezeichnen, sondern dass Sie konkret Bezirke bezeichnen, wo die Leute wohnen sollen, die auf einen Hafenplatz aspirieren. Und ich möchte, dass niemand auf eine Warteliste gestellt wird, der überhaupt keinen Hafenplatz haben kann, weil er nicht in der Nähe von Arbon wohnt.

Ich begründe meinen Antrag, dass nicht der Umkreis genommen wird, wie folgt: Silke Sutter hat schon gefragt, von wo gemessen wird. Von Kratzern aus oder von Landquart, von Stachen aus oder vom Hafen? Und wo ist der Endpunkt? Wenn Sie in einer grossen Gemeinde wohnen, müssen Sie am Westende wohnen oder auf der anderen Seite? Ist es die Kirche, die evangelische oder die katholische? Ich bitte Sie, solche Kreise zu unterlassen, zumal sie geografisch und sozial auch sinnlos sind. Quinten am Walensee ist von Arbon aus gerade etwas mehr als 45 km entfernt. Gehen Sie aber hinüber nach Landquart und in Quinten ein bisschen den Hang hinauf, dann haben Sie die 45 km eingehalten. Sie sind aber hinter dem Säntis und hinter den Churfürsten. Ich nehme an, das ist nicht der Sinn des Reglements, dort noch Bootsplätze zu vergeben.

Einfacher und einleuchtender und präziser ist der Wohnsitz in den Thurgauer Bezirken Arbon und Weinfelden, dann wissen wir, wo die Leute sind. Und in den benachbarten St. Galler Bezirken St. Gallen und Rorschach, das sind dort Wahleinheiten. Rorschach reicht bis nach Thal und hinauf bis zum Appenzellerland, St. Gallen umfasst das Gebiet von Muolen, das nahe am Thurgau ist, und reicht bis etwa Wil, das nahe Bischofszell im Bezirk Weinfelden ist. Amriswil gehört dann wieder zu Arbon. Das sind klare Grenzen, und gute Häge verhindern Streitereien.

Der zweite Gedanke: keine Warteliste für Leute ausserhalb des Einzugsgebiets von Arbon. Das Reglement sieht nur keine Warteliste für Personen vor, die keinen Wohnsitz in der Schweiz haben. Wer in Genf wohnt und auf einen Hafenplatz in Arbon aspiriert, muss auf die Warteliste gesetzt werden. Er erhält dann nach Jahren die Meldung, „Sie sind an der Reihe. Ein Platz in Arbon ist für Sie frei.“ Wohnt er dann wie vorgesehen bereits als Pensionär in Teufen, kriegt den Platz sofort oder er zieht noch rasch nach einer Ortschaft, die innerhalb der 45-km-Grenze ist. Das ist ebenfalls nicht Absicht des Reglements, nämlich dass man von auswärts Plätze reservieren kann. Sondern auf die Warteliste darf sich nur setzen lassen, wer in Arbon oder im Arboner

Einzugsgebiet wohnt. Ich bitte Sie, beide Gedanken mit den gestellten beiden Anträgen zu unterstützen. Sie sind verwoben und können deshalb nicht einzeln gestellt werden. Ich bitte Sie ebenfalls, im Hinblick auf die 2. Lesung die Kommission zu beauftragen, dass sie mehr Absätze macht, damit die Gedanken getrennt sind, wie das meine Vorrednerin verlangt hat.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident vorberatende Kommission: Wir haben nach den Fraktionssitzungen mit der vorberatenden Kommission die Anträge aus den Fraktionen gespiegelt. Dem Antrag von Silke Sutter Heer können wir sehr gut folgen. Was Riquet da noch ergänzen will, möchten wir nicht. Es bringt auch nichts. Es ist eine Kann-Formulierung, und im Kanton St. Gallen hat man die Bezirke 2002 abgeschafft. Also lassen Sie uns nicht etwas aufnehmen in ein Reglement, was es schon gar nicht mehr gibt.

Riquet Heller, FDP/XMV: Wenn Sie die überregionale Zeitung lesen, wissen Sie ganz genau, dass es im Kanton St. Gallen Wahlbezirke gibt, nämlich St. Gallen ist einer und Rorschach ist einer, und den habe ich gemeint. Wenn Sie das so korrekt haben wollen wie mein Vorredner, schreiben Sie doch einfach hinein Bezirke Arbon und Weinfeldern sowie die St. Galler Wahlbezirke Rorschach und St. Gallen. Dann ist es sehr korrekt.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Ich möchte zuerst grundsätzlich etwas zu Art. 12 sagen. Der stadträtliche Vorschlag hatte vorgesehen, dass bei der Vergabe 20 Prozent der Plätze an Auswärtige gehen. D. h., man hätte vier Plätze an Einheimische gegeben und dann einen an Auswärtige. Das wäre für die Verwaltung eine sehr einfache Handhabung gewesen, und es hätte auch den Vorteil gehabt, dass eben weiterhin auch Auswärtige noch eine Chance haben, in Arbon einen Platz zu bekommen. Der Stadtrat kann aber auch mit dem Vorschlag der Kommission leben. Wichtig war für uns, dass die Anwendung auf die Zonen bezogen ist, sodass wir nicht am Schluss Zonen haben, bei denen wir leere Plätze haben, weil es zu wenig Arboner Interessenten oder Interessentinnen gibt.

Was ich auch bestätigen kann, ist die Zahl, die vorhin genannt wurde. Wenn wir tatsächlich heute alles auf 80 Prozent Einheimische umstellen würden, dann wären es etwa CHF 100'000 weniger Mieteinnahmen.

Dann noch zu dieser 45-km-Regelung: Das ist eine Kann-Regelung. Ich möchte das im Moment nicht fix im Reglement haben, aber der Stadtrat wollte sich die Möglichkeit geben, hier eine Handhabe zu haben, das in Zukunft allenfalls zu beschränken. Genau aus dem Beispiel, das Riquet auch gemacht hat, dass nämlich nicht jemand, der weit weg, vielleicht in Genf wohnt, am Schluss in Arbon einen Hafentplatz hat. Ich kann von da her dem Vorschlag von Silke Sutter Heer zustimmen. Gegebenenfalls würde der Stadtrat das dann in der Verordnung lösen.

Ulrich Nägeli, SVP: Nochmals eine Rückfrage: Riquet, war das ein Antrag oder nicht? In diesem Fall den Antrag von Riquet Heller unterstützen, weil er die Anrainer von Arbon nennt, und das ist sicher präziser als eine Durchmesserbegrenzung, was undefinierbarer ist. Von dem her würde ich das gern unterstützen, dass wir das aufnehmen und dann eventuell für die 2. Lesung noch etwas präzisieren können.

Abstimmung

Antrag Sutter: 17

Antrag Heller: 10

Riquet Heller, FDP/XMV: Sie haben erkannt, dass mein zweiter Antrag verbunden war mit meinem ersten Antrag, nämlich dass nur Leute aus unserer Umgebung im Hafen mieten möchten. Neu haben Sie den Umkreis geöffnet auf die ganze Schweiz. Demzufolge ist es auch so, dass in der ganzen Schweiz jedermann sich auf die Warteliste setzen kann. Bienvenue les Genevois.

Abstimmung

Der erste Antrag von Silke Sutter Heer wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen angenommen.

Abstimmung

Der zweite Antrag von Silke Sutter Heer wird einstimmig angenommen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Gibt es zu diesem Artikel noch weitere Wortmeldungen? – Wenn nicht, gilt der Antrag der vorberatenden Kommission als stillschweigend genehmigt.

Art. 14 Auflösung des Mietverhältnisses

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der vorberatenden Kommission liegt ein Änderungsantrag zu Abs. 1 und 2 vor. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gilt dieser Antrag stillschweigend als genehmigt.

Art. 16 Gewerbliche Nutzung

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Änderungsantrag vor.

Riquet Heller, FDP/XMV: Es geht mir hier darum, dass die Berufsfischerei nicht als Sport, sondern als Gewerbe erkannt wird. Demzufolge soll es neu heissen: «Der Stadtrat kann eine limitierte Anzahl an Liegeplätzen (Kontingent) an Gewerbebetriebe mit direktem Bezug zum See wie Sportfischerei, Fahr- und Segelschulen, Bootsbau und Handel, Bootsvermietung, wasserbezogene Vereine und öffentliche Institutionen vergeben.»

Die Begründung ist folgende: Es gibt Leute, die den See nicht nur für Fun und Sport benützen, sondern aus Berufs- und Erwerbsgründen. Dazu gehört insbesondere die erwähnte Berufsfischerei. Diese Leute haben keinen Wassersportbezug, sondern einen direkten Bezug zum See. Das ist ihr Arbeitsfeld. Im Hinblick auf die 2. Lesung möchte sich die Kommission zudem bitte überlegen, ob nicht auch Schiffe für den Wasserbau und den Waren- und Personentransport auf dem Wasser in diese Aufzählung gehören würden. Wer Pfähle in den See rammt, Steinblöcke zur Uferbefestigung heranzführt oder gewerblich Ausfahrten ab dem Hafen Arbon macht, wie seinerzeit die Firma Zels, betreibt keinen Sport, sondern arbeitet. Unser See ist nicht bloss Freizeitarana. Bringen wir dies in unserem Reglement bitte zum Ausdruck.

Weiter: Was wird unter öffentlichen Institutionen verstanden? In der Fraktion konnte mir niemand Auskunft geben. Ist der Seerettungsdienst eine öffentliche Institution, betrieben vom Rettungsdienst? Nein. Das ist ein Verein. Eine Schulgemeinde, die ein Boot haben möchte, ein Trinkwasserverband, der mit seinen Mitgliedern herumsausen möchte? Oder was genau ist denn eine öffentliche Institution? Im Hinblick auf die 2. Lesung bitte ich hier um Klärung, was eine öffentliche Institution ist. Im Weiteren bitte ich Sie um Genehmigung meines Antrags, dass nicht alle Sport auf dem See betreiben, sondern dort arbeiten.

Abstimmung

Der Antrag von Riquet Heller wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Ich möchte auch an dieser Stelle noch kurz die Haltung des Stadtrats und der Verwaltung kundtun. Der Stadtrat sieht die Hauptsitzregelung grundsätzlich kritisch. Wir hätten uns hier eine Regelung mit Zweigniederlassung in eigenen Räumlichkeiten und eigenem Personal gewünscht. Es geht darum, dass der Hafen auch darauf angewiesen ist, dass ein florierendes Gewerbe um den Hafen herum stattfindet, und das wäre zumindest aus unserer Sicht in unserer Variante so besser gewesen. Die Umsetzung, die die Kommission vorschlägt, ist auf der anderen Seite für die Verwaltung sehr einfach. Es gibt ein klares Kriterium, man kann einfach im Handelsregister nachschauen. Aus diesem Grund stellen wir keinen Gegenantrag.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Gibt es zu diesem Artikel weitere Wortmeldungen? – Wenn nicht, gilt der Antrag der vorberatenden Kommission stillschweigend als genehmigt.

Art. 18 Mietzins

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Abänderungsantrag zu Abs. 2 vor. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gilt dieser Antrag stillschweigend als genehmigt.

Art. 21 Ausfall infolge höherer Gewalt

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Abänderungsantrag zu Abs. 1 vor. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gilt dieser Antrag stillschweigend als genehmigt.

Art. 22 Gebührentarif

Riquet Heller, FDP/XMV: Statt «Der Stadtrat legt die Ansätze der erhobenen Gebühren in der Verordnung Gebührentarif der Stadt Arbon fest.», soll es heissen: «Der Stadtrat legt die Ansätze der zu bezahlenden Gebühren in der Verordnung Gebührentarif der Stadt Arbon fest.»
Begründung: Es liegt ein logischer Fehler vor. Es werden nicht die erhobenen Gebühren in einem Tarif festgehalten, sondern die Gebühren, die zu erheben sein werden. Das Erheben von Gebühren ist sprachlich abgehoben. Bleiben wir auf dem Boden und sprechen wir darum von zu bezahlenden Gebühren. Darum: Der Stadtrat legt die Ansätze der zu bezahlenden Gebühren fest und nicht der erhobenen Gebühren. Ich bitte Sie um Genehmigung meines Antrags.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Wenn dies ein Antrag ist, benötigen wir diesen noch schriftlich.

Abstimmung

Der Antrag von Riquet Heller wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

Art. 24 Benutzungsgebühren

Riquet Heller, FDP/XMV: Hier wiederum eher ein fasnächtlicher Beitrag. Sie wissen alle, was ein Slip ist. Herren tragen dies, Damen auch. Aber sprechen wir doch nicht Englisch, sondern benützen wir das entsprechende deutsche Wort, und das heisst bootstechnisch Schlipf, «i gang an Schlipf abe», und nicht auf Englisch Slip. Ich hoffe, dass ich Ihnen damit ein Schmunzeln entlockt habe und ich bitte Sie, die Wörter Schlipf oder halt Rampe zu benützen. Vielen Dank für die Genehmigung des entsprechenden Antrags, dass Sie statt Slip Bootsschlipf hineinschreiben.

Abstimmung

Der Antrag von Riquet Heller wird einstimmig angenommen.

Art. 25 Entfernung aus dem Hafen

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Änderungsantrag vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Wenn nicht, gilt dieser stillschweigend als genehmigt.

Art. 27 Verbote

Riquet Heller, FDP/XMV: Statt «In der Hafenanlage und im Bereich der Hafeneinfahrt gelten folgende Verbote: a Fischen, b Baden, c Sporttauchen ff.», soll es neu heissen: «In der Hafenanlage und im Bereich der Hafeneinfahrt sind verboten: a Fischen, b Baden, c Tauchen ff.». Aber ohne Sport.

Meine Begründung ist folgende: Der Ausdruck «gelten folgende Verbote» ist im Vergleich zu «sind verboten» weniger gestelzt und besser zu verstehen. Zweitens ist im Hafen das Fischen generell verboten und nicht bloss die Sportfischerei. Das Gleiche gilt auch für das Tauchen. Ob ich tauche und das als Sport oder aus sonstigen Motiven betreibe, ist unerheblich. Wichtig ist, dass nicht jemand unter Wasser ist. Also soll das Sporttauchen ebenfalls weg. Darum bitte ich

Sie, das Wort Sport vor dem Tauchen zu streichen und oben die einfachere Formulierung zu verwenden, nämlich: sind verboten. Ich bitte Sie um Genehmigung dieses einfachen Antrags.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Ob es «folgende Verbote» oder «sind verboten» heisst, kann auch die Redaktionskommission noch ändern. Das ist mir eigentlich völlig Wurst. Wichtiger ist das mit dem Tauchen. Es hat einen Grund, dass es da Sporttauchen heisst. Wenn Ihnen vom Boot ein Schlüsselbund ins Wasser fällt, dann müssen Sie den Seerettungsdienst beauftragen können, der dann nach diesem Schlüsselbund taucht. Es ist also das Sporttauchen verboten, aber das Tauchen, um eine Brille vom Seegrund wieder heraufzuholen oder den Schlüsselbund zu retten, das sei eben doch bitte schön erlaubt. Ich war schon zwei, drei Mal froh darum.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich bin völlig überzeugt, ich ziehe meinen Antrag zurück.

Art. 30 Rechnungsführung

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP: Jahresrechnung 2022 CHF 470'000, Jahresrechnung 2023 CHF 515'000, Budget 2024 CHF 415'000 und Budget 2025 CHF 500'000. Das sind die Gewinne, die der Hafen seit 2022 erwirtschaftet. Aus meiner Sicht sind das transparente und sogar vorhersehbare Gewinne, sonst wären sie ja gar nicht budgetierbar. Um diese Beträge wurde oder wird die Rechnung der Stadt Arbon entlastet. Wenn Sie heute beschliessen, dass die Hafenrechnung neu in einer Spezialfinanzierung geführt werden soll, verzichten Sie inskünftig zumindest teilweise auf die Gewinne dieses Hafens. Wir ringen bei der Budgetdebatte jeweils um kleine Beträge, damit das Ergebnis einigermaßen ausgeglichen gestaltet werden kann, und wollen heute ganz bewusst die Ergebnisse der Stadt Arbon inskünftig verschlechtern. Ich aber betrachte den Hafen als Vermögensanlage der Stadt. Weshalb sollte dann nicht auch der vollumfängliche Gewinn daraus den Steuerzahlenden zugutekommen? Auch der vorberatenden Kommission ist das wichtig, dass die Rechnung der Stadt Arbon sich nicht verschlechtert. Wie aber soll das funktionieren? Mittels einer aus meiner Sicht eben nicht transparenten Abgabe an das Gemeinwesen, welche gemäss Art. 30 aber nicht zulasten der Spezialfinanzierung gehen soll. Ich blicke da ehrlich gesagt nicht durch. Was bedeutet denn, sämtliche Aufwendungen und Erträge aus dem Betrieb des Bootshafens exklusive eine Abgabe an das Gemeinwesen gehen zulasten dieser Spezialfinanzierung? Selbstverständlich müsste diese Abgabe zulasten der Hafenrechnung gehen. Es sei denn, ich verstehe da etwas ganz falsch.

Eines ist aus meiner Sicht gewiss. Die Rechnung der Stadt wird sich mit der Einführung dieser Spezialfinanzierung definitiv verschlechtern. Aus dem erwirtschafteten Gewinn, da widerspreche ich Stadtpräsident René Walther, muss nämlich einerseits eine Einlage in die Spezialfinanzierung erwirtschaftet werden und andererseits die neue Abgabe an das Gemeinwesen.

Was tun denn andere Gemeinden? Da finden sich tatsächlich beide Lösungen. Es gibt vor allem kleinere Gemeinden, welche den Hafen als Spezialfinanzierung führen. Aber zum Beispiel weder die finanzkräftige Gemeinde Horn noch die Stadt Romanshorn führen den Hafen als Spezialfinanzierung, sondern sind froh, wenn sie ihre Gemeinderechnungen ein wenig entlasten können. Interessant ist aber vor allem auch das Beispiel von Kreuzlingen. Dort wurde nämlich im Rahmen der letzten Überarbeitung des Hafenreglements im Jahr 2022 die Spezialfinanzierung nicht eingeführt, sondern aufgelöst. Ich zitiere aus der damaligen Parlamentsbotschaft: «Die Spezialfinanzierung erfüllt ihren ursprünglichen Zweck nicht mehr. Die darin enthaltenen Mittel sind faktisch blockiert. Künftig soll der Ertragsüberschuss vollständig der Erfolgsrechnung der Stadt Kreuzlingen zugeführt werden.» Wir also wollen einführen, was andere als nicht zielführend erachten. Der Stadtrat schreibt in seiner Botschaft zum überarbeiteten Hafenreglement: «Der Hafen weist für künftige Investitionen keine eigenen Mittel aus. Künftige Investitionen müssten somit aus dem Steuerhaushalt finanziert werden oder alternativ analog der Hafenerweiterung im Jahr 2010 über eine Vorfinanzierung Dritter. Es besteht somit eine hohe Abhängigkeit zu den allgemeinen Finanzmitteln der Stadt.» Diesen Aussagen widerspreche ich. Was passiert bei einer grösseren Investition in den kommenden Jahren? Die Investition wird zu höheren Abschreibungen und Kapitalzinsen führen. Ja, welche ganz korrekt wie auch bisher schon der Hafenrechnung belastet werden. Die Hafenrechnung wird aber auch dann trotzdem weiterhin Gewinne erzielen. Die Investitionen müssten dermassen hoch sein, dass überhaupt je ein Verlust erzielt wird. Ich glaube

unseren Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern definitiv zu, dass sie sich auch von einer grösseren Investition im Hafen überzeugen lassen würden, weil eben der Hafen Gewinn erzielt und damit die Steuerzahlenden entlastet.

Der Stadtrat erachtet folgende Probleme als Argumente für die Einführung einer Spezialfinanzierung: Zu tiefer Abschreibungsaufwand, wir haben es gehört, nicht sauber abgegrenzte Zinsen, Hafengebühren seien tendenziell zu tief, Probleme bei zukünftigen Investitionen. An diesen sogenannten Problemen ändert eine Spezialfinanzierung überhaupt nichts. Mit einer Spezialfinanzierung wird kein Franken zusätzlich abgeschrieben. Abgeschrieben wird dann, wenn investiert wird. Zinsen lassen sich sauber abgrenzen – mit oder ohne Spezialfinanzierung. Die Mieteinnahmen lassen sich erhöhen. Zukünftige Investitionen müssen so oder so gut begründet und vom Stimmvolk abgesehnet werden.

Wo macht denn eine Spezialfinanzierung Sinn? Und da bin ich dankbar um die Ausführungen von Stadtpräsident René Walther. Dort, wo Gebühren mittel- und langfristig die entstehenden Kosten decken sollen wie zum Beispiel bei den Abwassergebühren. Die Spezialfinanzierung führt dort dazu, dass die Gebühren eben nicht kurzfristig bei Schwankungen der Kosten jedes Mal angepasst werden müssen. Hier aber bei der Hafenrechnung handelt es sich um einen Bereich, der Gewinn erzielen soll und muss und darf. Mittels einer nicht wirklich transparenten Abgabe an das Gemeinwesen wird das Ergebnis künftig verschlechtert, statt das ganz einfach wie bisher der gesamte Gewinn in die Stadtrechnung fliesst. Langer Rede kurzer Sinn: Die Spezialfinanzierung ist aus meiner Sicht unnötig und belastet die Rechnung der Stadt Arbon. Ich bitte Sie deshalb, den Art. 30 zu streichen.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV, Präsident vorbereitende Kommission: Wir haben das Thema in der Kommission diskutiert. Es sind verschiedene Herleitungen möglich. Eine wichtige oder in meinen Augen auch gewichtige Herleitung ist eine schon länger andauernde Pendenz der Rechnungsprüfungskommission. Wir haben ja bei uns in der Stadt die FGK, die die Geschäfte prüft und die RPK, die das Belegwesen prüft, dies in Übereinstimmung mit den kantonalen Vorgaben. Die RPK empfiehlt uns seit Längerem, für den Hafen eine solche Spezialfinanzierung einzuführen. Der Schritt ist eben nicht mehr, dass die Abgabe ans Gemeinwesen aus der Spezialfinanzierung kommt. Sondern es ist eine Upfront Fee, das fliesst vorher. Wir haben das ungefähr ausgerechnet, damit das stabil bleibt, und das ist durchaus auch in unserem Interesse. Die Erträge der Stadt müssen aus diesem Hafen weiterhin fliessen. D. h., irgendwo nahe an einer halben Million, mindestens eine Viertelmillion muss diese Abgabe ans Gemeinwesen betragen. Und dann stabilisiert man die jährlichen Abgaben in die Stadtrechnung hinein. Das ist die Idee, dass es ein stabiler, immer wiederkehrender Betrag ist und eben nicht irgendwelchen Schwankungen unterworfen wird. Ja, es gibt eine Budgetverbesserung, indem man die Position einfach jedes Jahr hinzufügen kann.

Verschiedene Wege führen zum Erfolg. Ich bin absolut bei dir, Mischa. Wenn man heute Transparenz will, kann man die Stadtrechnung nehmen und herausfinden, was der Hafen für Gewinne abgeworfen hat. Ich glaube aber, Aufwendungen, die aus der laufenden Rechnung heraus finanziert werden, hier mal einen Steg ersetzen, dort mal eine kleine Korrektur, kann man, wenn man es über so ein Ausgleichsgefäss laufen lassen will, vermutlich noch transparenter darstellen.

Mit den Abschreibungen ist es so eine Sache. Wir haben eine sehr grosse Investition, die wir 2010 getätigt haben, eben nicht abgeschrieben. Es ist klar, wenn man etwas nicht abschreiben muss, dann ist es natürlich nicht in der jährlichen Rechnung drin. Insofern ist der Gewinn einer solchen Spezialfinanzierung für die Transparenz vermutlich an einem kleinen Ort, der Aufwand aber auch an einem kleinen Ort. Ich glaube, das System ist vielseitig bewährt, es wird in verschiedenen Gemeinden für verschiedene solche Gewerke genutzt. Ich sehe es mit dieser Abgabe als eine Chance für stabile Erträge in die Stadtkasse. Man kann es beidseitig betrachten, in der Kommission haben wir uns dafür entschieden.

Ulrich Nägeli, SVP: Als ich las, dass hier ein neuer Artikel eingeführt wird, habe ich mich gefreut. Ich bin kein Bootsbesitzer und hätte da gern Transparenz, denn ich möchte keine Steuern bezahlen für irgendetwas, was nicht transparent ist. Gewinne erarbeiten wir eigentlich, seit in diesem Hafen genau hingeschaut wird und die Gebühren auch erhoben werden. Genau seit da sind wir nämlich in der Gewinnzone.

Geschätzter Mischa, ich habe auch gehört, dass der Bürger dann entscheidet oder darüber abstimmt. In Bezug auf die neue Gemeindeordnung mache ich da auch gleich ein Fragezeichen. Ich bin eigentlich sehr dafür, dass eine Spezialfinanzierung eingeführt wird. Unser Stadtpräsident hat Münsterlingen erwähnt, wo gute Erfahrungen damit gemacht worden sind. Ich bin für Transparenz. Dass man dann auch sieht, woher die Einnahmen kommen, ist auch hilfreich. In der ganzen Geschichte, wenn man das mit der 45-km-Regel noch aufweichen wird, bin ich dann gespannt, wer dann noch einzahlt. Daher wäre ich eigentlich dafür, dass dieser Antrag angenommen wird.

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP: Nur noch ganz kurz ein paar Fakten als Replik auf die Ausführungen von Ulrich Nägeli. Selbstverständlich hat die Gemeindeordnung nichts mit Investitionen zu tun. Also wird das Stimmvolk je nach Kompetenz auch zukünftig über Investitionen abstimmen können.

Ich bin dankbar für die Rechnungsprüfungskommission. Ich habe immer sehr gern mit der Rechnungsprüfungskommission zusammengearbeitet, das bringt wertvolle Inputs. Trotzdem muss man nicht immer alles befolgen, was die RPK sich wünscht. In anderen Bereichen, zum Beispiel beim Abfallbereich steht schon mindestens so lange der Wunsch der RPK im Raum, dass auch hier eine Spezialfinanzierung eingeführt wird. Im Bereich des Abfalls übrigens resultiert ein Defizit, das die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bezahlen. Beim Hafen, Ulrich Nägeli, haben wir schon seit jeher einen Gewinn. Da müsstest du mir zeigen, wann zuletzt die Hafenrechnung keinen Gewinn ausgewiesen hat. Die Arboner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger profitieren vom Hafen momentan etwa in der Höhe von CHF 500'000. Wenn die Spezialfinanzierung eingeführt wird, haben wir auf der einen Seite diese Rückerstattung in die Stadtrechnung. Diese Rückerstattung muss aber irgendwo belastet werden. Diese wird der Hafenrechnung belastet. Die Hafenrechnung wird kleinere Gewinne erzielen, die dann in diese Spezialfinanzierung einfließen.

Wenn ihr heute diesem Antrag zustimmt, wird der Gewinn, den der Hafen ausweist, im nächsten Jahr kleiner ausfallen, bzw. es wird kein Gewinn mehr erzielt, sondern wir erhalten eine Gebühr oder eine Zahlung. Was hat das mit Transparenz zu tun? Die Hafenrechnung wird nicht transparenter, sondern unter dem Strich wird der Saldo abgeschöpft, reduziert durch diese Gemeindeabgabe.

Riquet Heller, FDP/XMV: Am besten gehen wir zurück zum Text. Was lese ich in Art. 30 im letzten Satz? «Sämtliche Aufwendungen und Erträge aus dem Betrieb des Bootshafens exklusive einer Abgabe an das Gemeinwesen gehen zulasten dieser Spezialfinanzierung.» Sollte es nicht heissen inklusive? Denn das ist ja gerade ein Aufwand. Diese Vorab-Fee ist doch eine Auslage, ein fester Betrag. Bis anhin hat das geschwankt, je nachdem, wie die Einnahmen waren. Neu wird es ein Fixbetrag sein. Und diese Fee, auf Deutsch diese Abgabe müsste doch in dieser Spezialfinanzierung mitberücksichtigt werden. Also inklusive einer Abgabe an das Gemeinwesen. Ich stelle diesbezüglich Antrag, dass es statt exklusive inklusive heisst.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV: Das wäre jetzt der totale Dreher. Dann öffnen wir einen Topf, der immer grösser und grösser wird, und dann enden wir wie Romanshorn. Dann schaffen wir es in drei Jahren wieder ab. Nein, wir möchten den Ertrag der Gemeinde in der laufenden Rechnung möglichst stabil halten. Darum zwacken wir die Abgabe ans Gemeinvermögen eben vorher ab und liefern das in die Stadtkasse ab. Darum eben diese Formulierung, das ist schon richtig. Es ist nicht ein Aufwand für die Spezialfinanzierung. Bei der Spezialfinanzierung ist es wie bei der Feuerwehr. Wenn am Schluss der Übung noch ein Gewinn übrigbleibt, wird dieser in dieser Spezialfinanzierung parkiert. Und wenn der Aufwand grösser ist als die Erträge, dann wird aus dieser Spezialfinanzierung herausgebucht. Die Abgabe an das Gemeinwesen wird zum Aufwand für die Hafenrechnung. Es ist das, was wir in die Stadtkasse, eben nicht in die Spezialfinanzierung abgeben.

Ulrich Nägeli, SVP: Ich habe noch eine Verständnisfrage. Wenn wir eine Finanzierung machen, ist das ja eine Kostenrechnung, die aufzeigt, ob es kostendeckend ist oder nicht, dann machen wir das richtige. Und wenn es nicht kostendeckend ist, zeigt es auf, dass wir eben nicht so viel in die Stadtkasse einzahlen können. Dann ist es nicht so, dass es in der Spezialfinanzierung bleibt,

sondern es ist dann, dass man eventuell die Gebühren erhöhen muss, damit wieder kostendeckend gearbeitet wird. Es erfolgt eine Transparenz. Ich weiss nicht, wieso Mischa Vonlanthen hier sagt, dass es weniger Steuererträge geben wird. Denn man hat ja ein Gefäss und man kann ja sagen, wie viel Abgabe man an die Stadt machen muss. Also kann der Steuerertrag gleichbleiben. Das wäre meine Frage an Mischa Vonlanthen.

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP: Dieses Gefäss haben wir bereits jetzt. Bereits jetzt gibt es innerhalb der Stadtrechnung die Funktion Hafen, und innerhalb dieser Funktion Hafen werden Löhne belastet, werden Abschreibungen belastet, werden Kapitalzinsen belastet, wird Unterhalt belastet. Auf der anderen Seite haben wir die Einnahmen durch die Mieter des Hafens. Das haben wir jetzt schon. Und aus diesem Gefäss resultiert aktuell ein Gewinn von CHF 500'000.

Ich gebe insofern auch Riquet Heller recht. Diese Gebühr, diese Abgabe an die Stadt muss aus der Hafendrechnung finanziert werden. Du hast es selber gesagt, es ist ein Aufwand in der Hafendrechnung. Deshalb ist die Formulierung, wie sie jetzt enthalten ist, für mich ziemlich widersprüchlich und auch nicht verständlich, wenn da von exklusiv gesprochen wird. Das habe ich in meinem Votum erwähnt, da komme ich nicht draus. Wie gesagt, das Gefäss haben wir. Wenn Sie die Spezialfinanzierung einführen, dann gibt es eine zusätzliche Buchung, nämlich dass der Gewinn abgezogen wird. Diese CHF 500'000 fliessen direkt in das buchhalterische Konto Spezialfinanzierung Hafen und kommen nicht mehr den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zugute.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Ich probiere es nochmals. Mischa hat das richtig gesagt. Es gibt die Funktion Hafen. Die Funktion Hafen können wir uns so vorstellen: Das ist die laufende Rechnung für den Hafen. Wir Bootsbesitzer und Bootsbesitzerinnen bezahlen etwas für das Privileg, dass wir einen Bootsplatz mieten können, und dies in Form einer Abgabe an das Gemeinwesen. Und ja, diese Abgabe kommt neu aus der laufenden Rechnung oder eben aus der Funktion des Bootshafens heraus und geht direkt in die laufende Rechnung der Stadt und eben nicht in die Spezialfinanzierung. Da braucht es keine Gegenbuchung dazu, sondern es ist ein Aufwand in der Funktion Bootshafen, der an das Gemeinwesen überbucht wird. Und wir halten das stabil. Bisher hatten wir sagen wir mal CHF 500'000 Gewinn aus der Hafendrechnung. Wenn wir das jetzt aber so gestalten, dass von diesen CHF 510'000 jedes Jahr CHF 500'000 in die Stadtrechnung fliessen, bleibt der Gewinn aus der laufenden Rechnung des Bootshafens noch CHF 10'000. Das ist jetzt vielleicht ein bisschen tief angesetzt, daher habe ich gesagt, es liegt wahrscheinlich irgendwo zwischen CHF 250'000 und CHF 500'000. Das steht aber bewusst nicht im Reglement drin, damit der Stadtrat diesen Betrag festsetzen kann. Er kann ihn genug hoch ansetzen, dass man ihn gegebenenfalls auch anpassen kann, denn erhöhen ist immer schwierig. Die Idee ist aber die Stabilität der Beträge. Die Bootsbesitzer sollen für das Privileg jedes Jahr ungefähr denselben Betrag an die Stadt überweisen.

Jetzt müssen wir einmal einen Steg ersetzen oder eine Dalbe ersetzen. Dann kippt diese Hafendrechnung eben ins Negative, und aus den Überschüssen der Vorjahre kann man dann aus der Spezialfinanzierung heraus einen Bezug machen. Es ist das gleiche System wie bei der Feuerwehr. Ich erachte das nicht als so dummes System. Die Erträge für die Gemeinde, und das ist mir wichtig, sind dann stabil oder stabilisiert und nicht schwankend. Wenn der Hafen gerade einmal eine gute Saison hat, gibt es mehr, wenn der Hafen gerade mal eine schlechte Saison hat, weil man viele Dalben ersetzen musste, ist die Rechnung schlechter. Es ist jedes Jahr derselbe Betrag.

Markus Kühne, Die Mitte/EVP: Wenn ich die Diskussion richtig verstehe, gibt es, wenn wir CHF 500'000 haben, einen Betrag, der an die Stadt geht, und ein Betrag bleibt in diesem Fonds. Ich verstehe nicht, warum wir einen Betrag in einem Fonds stehen lassen wollen und nicht verwenden können, wenn wir ihn brauchen, vielleicht für andere Themen. Ja, es kommen Aufwendungen, die wir bezahlen, aber wenn wir einen Fonds äufnen, nehmen wir uns die Möglichkeit, das Geld für andere Zwecke nutzen zu können. Da sehe ich den Vorteil nicht, denn alle anderen Themen wie Transparenz kann man auch anders schaffen. Ich verstehe nicht, was es bringt, irgendwo ein Vermögen zu äufnen, welches dann zweckgebunden ist und man nicht anderweitig verwenden kann. Darum finde ich sehr sinnvoll, was Mischa Vonlanthen vorschlägt, weil ich den

Vorteil nicht sehe, wenn wir irgendwo einen Fonds äufnen, den wir dann nicht für andere Zwecke nutzen können, wenn wir es vielleicht brauchen würden.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Vorab die Frage inklusive oder exklusive. Ich glaube, wir können das auf die 2. Lesung hin nochmals intensiv prüfen, ob das ganz korrekt ist. Ich bin eigentlich der Meinung, die auch Cyrill Stadler vertreten hat, dass das schon korrekt ist, aber das können wir dann vielleicht auf die 2. Lesung nochmals genau anschauen.

Ich wiederhole mich vielleicht ein bisschen, bzw. Cyrill Stadler hat das schon gut gesagt. Der Stadtrat möchte diese Spezialfinanzierung einführen, um der Vorgabe der RPK für den Eigenwirtschaftsbetrieb nachzukommen. Die Transparenz nimmt aus meiner Sicht tatsächlich zu, vor allem soll auch die langfristige Finanzierung damit stabilisiert werden, sodass nicht in Zukunft nochmals die Böttler zur Kasse gebeten werden und den Hafens wieder 15 Jahre im Voraus finanzieren müssen. Deshalb ist es auch jetzt eigentlich kein schlechter Zeitpunkt, das zu machen, denn genau 2025 laufen diese vorbezahlten Plätze jetzt aus.

Zurzeit fliesst dem Steuerhaushalt relativ viel Geld zu. Aber der Eindruck täuscht. Als der neue Hafen gebaut wurde, wurde er komplett abgeschrieben. Diese Abschreiber fehlen und es sieht so aus, als ob der Hafen relativ viel abwerfen würde. Wenn man das aber berücksichtigen würde, wären die Kosten höher. Im schlimmsten Fall könnte das dazu führen, dass wir von der Substanz des Hafens leben, und das ist sicher nicht in unserem Sinn.

Ich bin froh, dass Cyrill Stadler die Abgabe an das Gemeinwesen bereits so gut erklärt hat. Dies können wir stabilisieren, damit wenn auch einmal Investitionen nötig sind und der Hafen dann eben weniger Ertrag abwirft, die Abgabe eben stabil bleibt. Das macht die Budgetierung einfacher, aber man kann es natürlich auch jetzt budgetieren. Wir budgetieren alles. Mischa, das weisst du ganz genau. Die Steuern sind auch schwierig zu budgetieren, aber trotzdem schreiben wir da eine Zahl hinein. Das ist nicht das Problem.

Die Zahlen, die Cyrill Stadler genannt hat, sieht auch der Stadtrat etwa in derselben Grössenordnung. Wir bewegen uns beim Betrag in der Grössenordnung, dass wir sagen, CHF 250'000 bis CHF 500'000 sollen auch in Zukunft an das Gemeinwesen gehen. Damit ist dann auch keine Steuererhöhung wegen dieser Umstellung nötig.

Dann möchte ich noch kurz auf das Beispiel Kreuzlingen eingehen. Kreuzlingen, das hat Mischa schon richtig gesagt, hat die Spezialfinanzierung aufgehoben. Was er allerdings verschwiegen hat ist, man hat nicht einfach die Spezialfinanzierung aufgehoben, sondern man hat dafür einen Erneuerungsfonds eingeführt. Das ist so, ich habe gestern noch nachgeschaut. Man hat nicht die Spezialfinanzierung komplett gestrichen, wie du jetzt den Antrag machst, sondern man hat anstelle dessen einen Erneuerungsfonds gemacht und hat den Betrag, der in der Spezialfinanzierung war, da hinübergenommen. Wenn man einen Gegenantrag macht, dann müsste man bitte für die Stabilität des Hafens und für langfristige Investitionen einen Gegenvorschlag mit Erneuerungsfonds bringen.

Ich bitte Sie, der Einführung der Spezialfinanzierung zuzustimmen. Damit stellen Sie sicher, dass der Hafen und auch die Stadt Arbon in Zukunft auf gesunden finanziellen Beinen stehen.

Silke Sutter Heer, FDP/XMV: Ich glaube, die Verwirrung ist mittlerweile relativ gross. Ich würde vorschlagen, dass wir heute Abend darüber abstimmen, ob wir eine Spezialfinanzierung wollen oder nicht, und dann auf die 2. Lesung versuchen, diesen Artikel bzw. Abs. 1 irgendwie auseinanderzunehmen. Es ist ein Schulbeispiel, weshalb man in einem Absatz einen Gedanken formulieren soll, weil sonst kein Mensch mehr weiss, wovon die Rede überhaupt ist, wenn er nicht bei jedem Diskussionspunkt nicht wieder oben anfängt zu lesen und unten aufhört.

Ein Thema ist: Wollen wir eine Spezialfinanzierung – ja oder nein? Dann ist ein Thema in diesem Artikel, man muss für die Betriebskosten und für die übrigen Kosten je eine Spezialfinanzierung führen. Dann kommt irgendetwas, was mit der Rechnungsführung zu tun hat, wobei ich überhaupt nicht weiss, ob nicht jeder, der Finanzverwalter ist, sowieso weiss, dass es das braucht und das definitiv nicht in einem separaten Hafensreglement aufgeführt werden muss, weil das nämlich mit der Rechnungslegung zu tun hat. Dann kommt, dass Aufwendungen und Erträge darüber finanziert werden sollen. Und dann werden in einem Nebensatz, in einem Kommasatz plötzlich noch diese Abgaben thematisiert. Das ist ein wesentlicher Punkt der ganzen Geschichte, nämlich dass wir Abgaben wollen, und die stehen da so zwischen zwei Kommas völlig verloren da, ohne dass

man so richtig weiss, wie sie dahinkommen. Das wäre für mich nochmals ein separater Absatz, wo dann eben drinsteht, dass diese Abgabe vor oder nach und dazwischen ist. Das ist mir eigentlich ziemlich Wurst. Aber dass die natürlich zulasten dieser Einnahmen gehen, die da kommen, und zulasten dieser Spezialfinanzierung abgeschöpft werden für die Benutzung, für ein Nutzungsrecht, für ein Leitungsrecht, für ein gesteigertes Gemeingebrauchsrecht. Das finde ich, sollte man auseinandernehmen, denn dann versteht das unter dem Strich vielleicht auch irgendjemand, und zwar auch in fünf oder sechs Jahren noch, der bei dieser Diskussion heute nicht dabei war.

Ich hoffe, Sie können sich dem anschliessen. Ich kann auch einen Ordnungsantrag daraus machen, dass wir heute Abend über die Spezialfinanzierung ja oder nein abstimmen und dann bitte uns noch einmal überlegen, wie wir diesen Artikel aufbauen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Wir benötigen den Antrag schriftlich, aber ich kann den Ordnungsantrag bereits stellen.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag von Silke Sutter Heer wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung

Der Antrag von Mischa Vonlanthen wird mit 8 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Riquet Heller, FDP/XMV: Daniel Bachofen hat es bereits angetönt. Heisst es nun inklusive oder exklusive, wenn wir den Art. 30 so belassen?

Wenn Sie sagen, wir machen das nur in einer Lesung nämlich in der 2. Lesung, ein weiterer Antrag: Bitte behalten Sie die Finanzhoheit im Parlament. Wir sind Stellvertreter für das Volk. Und eine wichtige Stellschraube in diesem Rechnungssystem ist die Abgabe an das Gemeinwesen. Und diese Abgabe wollen wir festlegen und nicht der Stadtrat. Da geht es jährlich um mehrere Hunderttausend Franken, demzufolge stelle ich den Antrag, dass es in Abs. 2 heissen soll: «Die Abgabe an das Gemeinwesen wird jährlich mit dem Budget festgelegt.» Und über das Budget bestimmen wir.

Es wird verlangt, dass ich einen Antrag formuliere, was ich hiermit mache: «Die Abgabe an das Gemeinwesen wird jährlich mit dem Budget festgelegt.» Über das Budget: Vorberatung durch den Stadtrat, dann kommt der Vorschlag, den werden wir voraussichtlich genehmigen, dann wird darüber abgestimmt und entweder obligatorische Volksabstimmung oder fakultative. Und weil das so wichtig ist, meine ich, sollte das nicht der Stadtrat machen. Denn es ist natürlich klar, dass diese fixe Abgabe, die wir inskünftig aus dem Hafen erhalten, etwas sehr Entscheidendes und Wichtiges ist und demzufolge nicht in die Hoheit des Stadtrats gehört, sondern ins Parlament und vors Volk.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Riquet, ich habe sehr Verständnis für das, was du sagst, aber ich verstehe die Aufregung nicht. Denn es ist ja ohnehin so, dass wir das Budget genehmigen werden, in der Finanzkommission behandeln, dann das Budget genehmigen. Wir geben wie üblich eine Empfehlung ab, das ist der ganz normale Ablauf. Ganz grundsätzlich sehe ich da kein Problem darin, ausser ich verstehe etwas falsch.

Riquet Heller, FDP/XMV: Lieber Aurelio Petti, es gibt nichts mehr zu beraten und zu bestimmen. Wenn der Stadtrat diesen Betrag festgelegt hat, dann kommt er ins Budget, so wie er ist, und wir können ihn nicht mehr verwerfen. Das ist dann eine feste Kostenposition in der Hafenfinanzierung, dieser Spezialfinanzierung, und darüber hat gemäss dem Hafenreglement dann der Stadtrat beschlossen. Wenn wir das nicht wollen, haben wir es jetzt zu regeln, nämlich dass das bei uns bleibt.

Michael Zwahlen, SP/Grüne: Mittels Gebührenordnung legt der Stadtrat fest, was hereinkommt, und ich bin okay damit, wenn der Stadtrat auch festlegt, was in die Steuerrechnung geht.

Abstimmung

Der Antrag von Riquet Heller wird mit 11 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Art. 31 Inkrafttreten, Aufhebung bisheriges Recht und Übergangsbestimmungen

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Von der Kommission liegt ein Änderungsantrag vor. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gilt dieser Antrag stillschweigend als angenommen.

Rückkommen

Art. 30

Ulrich Nägeli, SVP: Ich bin mir nicht sicher, wie viele Personen in diesem Saal bei Art. 30 noch durchblicken, über was wir überhaupt abgestimmt haben. Es wäre wertvoll, wenn man nochmals präzisieren könnte, was in der 2. Lesung dann exakt im Text steht. Einfach zur Klarheit, über was jetzt in Art. 30 alles abgestimmt worden ist.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Das ist natürlich so, für die 2. Lesung gibt es wieder Dokumente im Voraus, die unsere heutige Beratung zusammenfassen. Dann können wir darüber debattieren. Ich glaube auch, der Vorschlag von Silke Sutter, dass man diesen Rechnungsartikel nochmals genau unter die Lupe nimmt und vielleicht etwas vereinfacht und schöner formuliert, sodass wir am Schluss alle dahinterstehen können, macht durchaus Sinn. Wenn die Dokumente vorliegen, werden wir auch in der Kommission nochmals darübergerhen und das dort nochmals diskutieren, sodass bei der 2. Lesung am 25. März für die Parlamentsdebatte alles wieder vorliegt. Wir können es auch in den Fraktionssitzungen diskutieren, dann sind wir schlank und gut durch dieses Reglement durch.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, sind wir am Schluss der 1. Lesung. Die 2. Lesung findet am 25. März statt.

3. Stadtentwicklungsplan 2024 der Stadt Arbon Information und Diskussion

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Über dieses Traktandum findet ausschliesslich und nur eine Diskussion ohne Beschlussfassung statt. Für die Vorbereitung dieses Geschäfts wurde eine vorberatende Kommission eingesetzt. Gemäss Art. 34 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Arboner Stadtparlaments bitte ich die Präsidentin der vorberatenden Kommission ans Rednerpult.

Judith Huber, Die Mitte/EVP, Präsidentin vorberatende Kommission: Ich mache es kurz. Sie haben einen ausführlichen Kommissionsbericht über den Stadtentwicklungsplan 2024 erhalten. Da ist alles enthalten, was wir in der Kommission befunden und diskutiert haben. Ein umfangreiches Dokument liegt vor uns. Sämtliche Planungen, Konzepte, angedachte Massnahmen und Projekte der letzten Jahre wurden durchleuchtet, bewertet, kategorisiert und priorisiert. Dazu wurde eine Nutzungsanalyse gemacht. Die Kommission behandelte die Botschaft Stadtentwicklungsplan 2024 an zwei Sitzungen. Wir bedanken uns bei Stadtpräsident René Walther, David Keller, Abteilung Stadtentwicklung und Alexandra Wyprächtiger, Stadtschreiberin für die Begleitung und Beratung sowie Flavio Schambron für die Protokollführung. Insbesondere René Walther hat sich viel Zeit genommen, uns das umfangreiche Dokument zu erklären. Manche Frage wurde beantwortet. Die verschiedenen Darstellungen und Pläne halfen uns, das komplexe Dokument und die einzelnen Projekte zu verstehen und einzuordnen. So konnte schliesslich eine fundierte Diskussion stattfinden. Unsere Meinungen und Ideen konnten wir platzieren, diese wurden gern aufgenommen.

Mich persönlich hat besonders gefreut, dass die Stadt im Moment neue, sinnvolle Gleisquerungen für den Langsamverkehr prüft und mit Fachleuten eruiert, was möglich ist. Ebenfalls ist es der Stadt ein grosses Anliegen, Parkplätze zu schaffen, damit das Seeufer sobald wie möglich autofrei sein kann. Auch da ist man dran.

Ganz allgemein ist die Kommission beeindruckt von der sorgfältigen und gelungenen Arbeit. Sie kam zum Schluss, dass der STEP 24 ein zweckmässiges Arbeitsinstrument ist. Ziele und Herausforderungen sind plausibel dargestellt, die genannten Prioritäten sind nachvollziehbar. Deshalb unser Antrag: Die vorberatende Kommission empfiehlt einstimmig, den Stadtentwicklungsplan zur Kenntnis zu nehmen.

Chiara Eugster, SP/Grüne: Wenn es nicht viel anzumerken gibt, weil sauber und nachvollziehbar gearbeitet wurde, dann muss man es nicht unnötig in die Länge ziehen. Schön, dass das auch die Kommission so gesehen hat. Herzlichen Dank an dieser Stelle für die Arbeit der Kommission unter dem Präsidium von Judith Huber. Und selbstverständlich auch herzlichen Dank an den Stadtrat und alle Beteiligten im Stadthaus für den strukturierten, sinnvollen Stadtentwicklungsplan.

Uns als Fraktion freut es natürlich ausserordentlich, dass der Interpellation von Linda Heller, unserer Wöschplatzaktion und unsere Petition für ein autofreies Seeufer Rechnung getragen wird und die Auflösung bzw. Verschiebung der Parkplätze am Seeufer nur noch eine Frage der Zeit ist.

Isabelle Fuchs, FDP/XMV: Die Fraktion FDP/XMV bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die Arbeiten beim STEP 24. Es wurde transparent aufgezeigt, wie methodisch vorgegangen und die Projekte priorisiert wurden. Eine solche proaktive Kommunikation gegenüber dem Parlament hilft, frühzeitig Inputs abzuholen und wenn möglich in die Planung einfließen zu lassen. Die Fraktion FDP/XMV schliesst sich jedoch auch dem Wunsch der Kommission nach leicht verständlichen Unterlagen inklusive Abkürzungsverzeichnis und gegebenenfalls Glossar an. Als Mitglied der Kommission kann ich auch nochmals bestätigen, dass ich es sehr geschätzt habe, dass wir so viele Fragen stellen konnten und wir auch viele Diskussionen führten und darin eigentlich kein Projekt erkannt haben, welches irgendwie grundlegend anders hätte eingeordnet werden müssen.

Kurt Boos, SVP: Die Fraktion SVP schliesst sich den Kommissionsbericht und den bereits gehörten Vorrednern an.

José Franco, SP/Grüne: Wir haben nur zwei kleine Bemerkungen zu dem Ganzen. Und zwar vermissen wir die Sichtweise über die Themen Biodiversität und Klima. Im ganzen Bericht konnten wir die beiden Punkte Biodiversität und Klima nicht finden. Auch die Auswirkungen unserer Projekte auf das Klima sehen wir nicht abgebildet.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Ganz herzlichen Dank für die Voten. Ich möchte mich ganz herzlich für die Arbeit der Kommission bedanken. Es gab tatsächlich für uns sehr wertvolle Diskussionen. Wir haben diese sehr geschätzt. Nichtsdestotrotz haben wir die Rückmeldungen ernstgenommen und wir werden in den nächsten Wochen die Berichte überarbeiten, vereinfachen, verschlanken, verständlicher und nachvollziehbarer dokumentieren, sodass wir ein gemeinsames Verständigungs-, Kommunikations- und Arbeitsinstrument haben, um in den nächsten Jahren Projekte anzustossen und unsere Stadt weiterzuentwickeln. Letzte Woche hat der Stadtrat ausserdem beschlossen, dass wir in Zukunft jährlich diesen STEP überprüfen. Ich habe den Auftrag erhalten, den Stadtrat über den Stand zu informieren, inklusive den Stand der Agglomerationsprojekte, damit das auch sauber koordiniert ist.

Danke vielmals José für dein Votum. Das ist bewusst nicht drin, denn wir haben ja ein Klimakonzept und einen Energierichtplan, wo solche Themen abgehandelt werden. Aber selbstverständlich kann man darüber nachdenken, das eine oder andere einzufügen oder sicher mitzubedenken. Herzlichen Dank für die Rückmeldungen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Das Geschäft gilt mit Abschluss der Diskussion als erledigt.

4. Fragerunde

Markus Kühne, Die Mitte: Ich freue mich sehr, zusammen mit Ihnen in diesem Rat zu sein und mitzuhelfen, Arbon weiterzuentwickeln.

Meine Frage betrifft die Kommunikation und Information der Wahlthemen und Ergebnisse der Schulbehörden auf den Webseiten und den weiteren Kommunikationskanälen der Stadt, zum Beispiel im automatisierten Newsletter. Wenn man nach oder vor dem letzten Wahlwochenende vom 9. Februar die Webseite der Stadt unter der Rubrik Wahlen konsultierte, fand man keine Infos oder Hinweise zu den stattfindenden Wahlen und Ergebnissen der Schulbehörde. Das heisst, gemäss der Arboner Webseite fanden am 9. Februar keine lokalen Abstimmungen statt. Das empfinde ich als sehr suboptimal, zumal viele Einwohner und Wähler nicht mit informellen Strukturen der Behörden vertraut sind und nicht wissen, dass diese Informationen nur dezentral auffindbar sind. Daher meine Frage: Wäre es im Sinne des Service public nicht möglich bzw. sinnvoll, jeweils auf der Webseite der Stadt die schulischen Wahlen und Abstimmungen ebenfalls aufzunehmen und in den Newsletter zu integrieren, um für die Detailinformationen und die Detailergebnisse dann einfach auf die Seiten der Schulbehörden zu verweisen?

Stadtpräsident René Walther, FDP: Herzlichen Dank für diese Frage, die ich wie folgt beantworten kann: Es besteht eine Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Arbon, der Primarschulgemeinde Arbon und der Sekundarschulgemeinde Arbon, welche die Zusammenarbeit bei Abstimmungen und Wahlen regelt. Dabei ist festgehalten, dass bei einem gemeinsamen Urnengang die Schlussresultate in den Schaukästen der politischen Gemeinde Arbon veröffentlicht werden. Eine gemeinsame Publikation auf der Homepage ist bisher nicht vorgesehen, da die Resultate tatsächlich zu unterschiedlichen Zeitpunkten vorliegen. Dazwischen können zwei, drei oder vier Stunden liegen, dies aus verschiedenen Gründen. Die Verantwortung für die Durchführung der einzelnen Abstimmungen und Wahlen liegen grundsätzlich bei den unterschiedlichen Körperschaften. Es kann entsprechend vorkommen, dass eine Behörde ihre Abstimmungsergebnisse erst eine, zwei oder drei Stunden später veröffentlicht als eine andere. Den erwähnten Input nehmen wir aber dankbar entgegen und werden diesen gern für die Überarbeitung der Leistungsvereinbarungen aufnehmen.

Vorgängig noch eine kleine Ergänzung: Es findet ein regelmässiger Austausch zwischen allen Schulgemeinden und der Stadt in Form eines Präsidententreffens statt, eines pro Quartal. Übernächste Woche findet das nächste statt. Selbstverständlich werden wir auch die Inhalte der Einfachen Anfrage da thematisieren.

5. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident René Walther, FDP: Ich habe zwei kleine Informationen. Sie haben es vielleicht gelesen, wir haben nach dem letzten Jahr erneut eine Lohnvergleichsanalyse gemacht, um nachzuprüfen, ob unsere Ergebnisse auch richtig sind. Wir sind jetzt noch ein bisschen besser geworden. Spass beiseite, das ist alles in der statistischen Ungenauigkeit zu verbuchen. Wir sind im Moment zufrieden mit den Ergebnissen, möchten uns selbstverständlich aber nicht auf den Lorbeeren ausruhen, aber der Stadtrat hat nun entschieden, die nächste erst in der nächsten Legislatur durchzuführen. Wir haben definiert, einmal pro Legislatur so eine Analyse zu erarbeiten. Dann noch etwas Erfreuliches, woran wir schon eine Weile an der Arbeit sind: Der Stadtrat hat entschieden, dass wir dieses Jahr an der OFFA in St. Gallen einen Stand von Arbon zum Thema Tourismus und Freizeit haben werden. Die Kampagne, die wir gerade letztes Jahr für die Schifffahrt lanciert haben, werden wir zusammen mit Partnern gestalten, unter anderem zusammen mit Summer Days. Ich hoffe natürlich auch auf Besucherinnen und Besucher aus Arbon an diesem Stand.

6. Verabschiedung Parlament

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Lukas Auer, SP/Grüne gibt mit E-Mail vom 30. Oktober 2024 per 25. Februar 2025 seinen Rücktritt aus dem Stadtparlament bekannt. Ich lese das Rücktrittsschreiben vom 1. November 2024 vor.

«Geschätzte Parlamentspräsidentin, liebe Esther

Am 21. Juni 2016 bin ich damals für Kaspar Hug ins Stadtparlament nachgerückt und durfte mich über achteinhalb Jahre Stadtparlamentarier nennen. In dieser Zeit war ich immer stolz, ein Teil des Stadtparlaments Arbon zu sein und habe auch die Debatten als sehr lehrreich empfunden. Es hat mich sehr beeindruckt, wie wir alle die Stadt Arbon kollektiv weitergebracht haben. Auch wenn es an den Debatten manchmal «klöpft» hat, war es mir dennoch wichtig, nach der Sitzung bei einem Bier auf Augenhöhe überparteilich zusammen zu sitzen und andere Alltagsthemen zu diskutieren. Ein kollegialer Austausch und ein ebenso kollegialer Umgang miteinander war mir immer wichtig und wird es auch in Zukunft bleiben. Eine Lehre, die ich mit auf meinen zukünftigen Lebensweg nehme.

Jede Person im Stadtparlament kann stolz auf sich sein. Alle zeigen grosses Engagement und Liebe für unsere Stadt. Kritik gibt es immer im Leben, dies muss man stets gut abgrenzen von schlichter Nörgelei, die oft nur stattfindet, um von eigenen Problemen abzulenken. Für Kritik war ich immer offen und werde es auch in Zukunft stets bleiben. Diese führt zu einem Hinterfragen der eigenen Position und schlussendlich zu einem Fortentwickeln eigener Standpunkte. Dies sind alles wertvolle Lehren, die ich aus meiner Zeit im Parlament gern mitnehme. Es braucht zusätzlich zum Engagement auch viel Ehrgeiz, Selbstdisziplin und einen sehr breiten Rücken für diese Arbeit, welche praktisch im Ehrenamt getätigt wird.

Wie es aber im Leben immer wieder vorkommt, gibt es Veränderungen, und das heisst auch, etwas Schönes im Leben abzuhaken und die Energie anders einzusetzen.

Meine Kids werden auch älter. Gianna wird bereits im Kindergarten eingeschult, und Sohnmann Vito fragt bereits meine Frau Silvia: «Mami, wo isch de Papi wieder?» Meine Familie geniesst immer oberste Priorität, und dem muss ich Rechnung tragen, um meiner Verantwortung meiner Familie gegenüber und auch nicht zuletzt mir selber gegenüber gerecht zu werden. Meine neuen und bisherigen Herausforderungen im Leben brauchen mehr Zeit und ich möchte meinen Einsatz stets hundertprozentig bringen. Aus diesem Grund muss ich das Amt im Stadtparlament niederlegen. Es ginge für mich nicht an, dass ich in Zukunft im Parlament verbleibe, aber nicht mehr mit den gleichen Ressourcen und verringertem Einsatz. Das ist nicht meine Überzeugung und ich hoffe, dass für mich ein guter Ersatz gefunden wird.

Ein grosser Dank geht an alle, die mich in diesen knapp neun Jahren unterstützt haben, sodass ich mich auf die über 140 Sitzungen fokussieren konnte. Ein spezieller Dank geht an meine Frau Silvia. Sie hat mir immer wieder den Rücken freigehalten, wenn mein Engagement als Parlamentarier gefordert war.»

Lukas Auer wurde am 1. Juni 2016 ins Stadtparlament gewählt. Seine Kommissionstätigkeiten: Er war im Büro, im Stadtparlament Vizepräsident und hatte einmal das Präsidium inne. Zusätzlich war er in der Einbürgerungskommission, dort amtierte er als Vizekommissionspräsident.

Er war zudem in acht Spezialkommissionen, weiter hat Lukas Auer einige Vorstösse eingereicht. Im Namen des Stadtparlaments und des Parlamentsbüros möchten wir uns ganz herzlich für dein Engagement bedanken. Du hast viele Stunden für das Parlament investiert und in vielen Kommissionssitzungen mitgewirkt. Wir bedauern deinen Rücktritt und wünschen dir für die Zukunft alles Gute.

Jakob Auer, SP/Grüne: Lieber Lukas, mich erstaunt schon die Poesie deines Rücktrittsschreibens. Von deinen Eltern hast du dies nicht, ich weiss nicht woher.

Man sagt, nur wenige können es sich leisten, bei einem Rücktritt glaubhaft auf die eigene Unabhängigkeit zu verweisen. Du kannst es. «Politik ist ein faszinierender Teil meines Lebens, aber Politik ist nicht mein Leben.» Das hat mir Lukas gesagt, als er sich bereit erklärt hat, für die CVP als Blauringleiter, das war der Sprung in die CVP, er wurde dann eines Besseren belehrt und wechselte dann, aber das ist egal, ...

Dieses Amt heute abzugeben, ist nicht einfach. Für manch einen kam es überraschend, für andere wiederum war es von langer Hand bewusst vorbereitet. Deine Vorstösse, deine Voten und dein restliches Engagement im Arboner Stadtparlament waren enorm. Würde man alle Zahlen rechnen, käme man auf einen enormen Zeitaufwand. Dieser würde kenntlich machen, wie viele Stunden und Minuten du dich politisch für Arbon geopfert hast.

Du darfst rundum zufrieden sein mit dir, insbesondere auch mit deiner Akzeptanz über die Parteigrenzen hinweg.

Lieber Lukas, deine Priorität gilt jetzt, wie du in deinem Schreiben gesagt hast, deiner Familie, meinen Enkeln Gianna und Vito und vor allem meiner Schwiegertochter Silvia. Daher kommt auch ein Geschenk für dich, nämlich ein Jahresabo für den Walter Zoo in Gossau, wo du mit deiner Frau und deinen Kindern Stunden verbringen kannst.

Dennoch wirst du sicher mit deinen Ideen und Impulsen weiter aktiv in Arbon sein. Und wer dich wirklich kennt, weiss, dass dein Name bald wieder für Schlagzeilen sorgen wird. Die Fraktion bedankt sich bei dir und ich persönlich wie auch die Fraktion und wir alle wünschen dir für die Zukunft alles Gute.

Lukas Auer, SP: Liebe Anwesende, ich erlaube mir noch zwei, drei kurze Worte. Danke vielmals für die Verabschiedung und Ehrung. Ich werde jetzt für ziemlich lange das letzte Mal als Legislativpolitiker am Rednerpult stehen. Ich denke, der eine oder andere freut sich darüber. Allenfalls Abteilungsleiter freuen sich ebenfalls, wenn ich nicht mehr dabei bin, wenn keine Vorstösse beantwortet werden müssen.

Ich habe diesen Parlamentsjob wie erwähnt geliebt, und ich bitte euch, macht weiter so. Denn ich glaube, mit unserem Engagement zeigen wir die Liebe zu unserer Stadt 9320 Arbon. Ich freue mich auf weitere Begegnungen mit euch in verschiedenen Situationen, sei es im Beruf, an der Fasnacht oder bei einem Feierabendbier euch zu sehen und mit euch weiterhin zu politisieren. Ich wünsche euch eine gute Zeit und bis bald.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Isabelle Fuchs, FDP/XMV gibt mit E-Mail vom 17. November 2024 per 28. Februar 2025 ihren Rücktritt aus dem Stadtparlament bekannt.

Isabelle Fuchs wurde am 1. Juli 2023 ins Stadtparlament gewählt. Sie engagierte sich in vier Spezialkommissionen. Im Namen des Parlamentsbüros und des Parlaments möchte ich auch ihr recht herzlich danken für Ihr Engagement und für die vielen Stunden, die sie für das Parlament investiert hat, auch in den diversen Kommissionen und Sitzungen, in denen sie mitgewirkt hat. Wir bedauern deinen Rücktritt und wünschen dir für deine Zukunft alles Gute.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Isa hat bei uns in der Fraktion unter uns alteingesessenen Parlamentarierinnen und Parlamentariern frischen, neuen Wind hineingebracht. Den frischen Wind hat auch der Stadtrat erkannt und sie als Co-Leiterin bei der Abteilung Sicherheit eingestellt. Dies zu unserem Leidwesen. Wir hätten gern den frischen Wind bei uns noch länger in der Fraktion gespürt. Es ist ein kurzer frischer Wind, der durch unsere Fraktion geweht hat. Aber er hat eben geweht, das war schon einmal eine gute Ausgangslage. Wenn Lukas keine Anträge mehr stellt, werden wir auch immer wieder Anträge stellen können, damit du diese dann für uns bearbeiten und uns beantworten kannst. Lukas, wir können dir zusichern, wir werden schon noch etwas machen.

Isa ist erst seit Beginn der Legislatur bei uns. In diesem Sinn können wir nicht einen Rückblick auf weiss nicht wie viele Anträge machen, doch auf beachtliche Kommissioneseinsätze in dieser Zeit. Wir danken dir für deine Teilnahme in unserer Fraktion, das Einbringen von neuen, frischen Ideen und anderen Blickwinkeln. Das hat uns gutgetan und wir freuen uns, wenn der oder die Nachrückende uns auch wieder frischen Wind um die Ohren bläst. Das tut uns gut und gibt uns neue Gedanken, in der Fraktion zu arbeiten und nach vorn zu schauen. Ich bedanke mich ganz herzlich. Wir hatten eigentlich geplant, Isa an der letzten Fraktionssitzung ein Präsent zu überreichen. Das hat leider nicht geklappt, weil Christine krank war. Dann haben wir gesagt, wir machen es an der Parlamentssitzung. Die Krankheit hat nun leider länger angedauert, wir müssen das mit dem Präsent überreichen noch verschieben. Isa, wir schaffen das, wir werden das noch nachholen. Wir bedanken uns aber ganz herzlich bei dir für deine Mitarbeit und dein Mitdenken.

Isabelle Fuchs, FDP/XMV: Geschätzte Anwesende, ich bedanke mich auch ganz herzlich bei der Fraktion für das Willkommenheissen und auch die Geduld bei allgemeinen Fragen. Ich habe wirklich viel gelernt. Ich möchte mich auch bei allen Parlamentsmitgliedern bedanken. Ich habe es sehr geschätzt, dass wir hier über die Sache diskutieren konnten und dabei teilweise auch Parteigrenzen überwinden konnten. Ich habe in meinen zwei kurzen Jahren wirklich viele tolle Begegnungen gehabt. Danke vielmals euch allen. Und ja, ich hoffe, wir sehen uns bald wieder einmal irgendwo auf dem Gang im Stadthaus oder in einer Kommissionssitzung oder halt ab April beim Wochenmarkt am Samstag. Tschüss zäme.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 25. März 2025 um 19:00 Uhr statt. Ich möchte auch heute die Sitzung mit einem Zitat beenden, welches ein bisschen zum Hafentreglement passt. «Der See ist ein riesiger und geheimnisvoller Ort, genau wie das Erwachen des Frühlings voller Geheimnisse und Wunder, die darauf warten, entdeckt zu werden.» Die Sitzung ist beendet. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

Ende der Sitzung um 21:35 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Der Parlamentssekretär:

Esther Straub

Flavio Schambron